

# Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.6 - 65. Jahrgang

21. März 2015

## Gratulation an Hamburg

**Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller hat Hamburg „für den spannenden, fairen und sportlichen innerdeutschen Wettbewerb“ gedankt.**

„Mir ist wichtig: Der olympische Gedanke, die Jugend der Welt zu fairen Wettkämpfen abseits von Herkunft, Religion und Kultur einzuladen, ist eine zutiefst demokratische Idee. Deswegen sollte dieses Festival des Sports auch in Zukunft in demokratischen Staaten und im besten Fall in Deutschland stattfinden“, erklärte Michael Müller nach der Entscheidung des DOSB-Präsidiums, Hamburg als deutsche Bewerberstadt für die Olympischen Spiele zu benennen.

Berlin habe dem DOSB ein Angebot für moderne und nachhaltige Reformspiele gemacht, so Müller, der allen Unterstützern der Berliner Bewerbung dankte. „Die Stadt bringt als die Sportmetropole in Deutschland nicht nur die Begeisterung für den Sport und die Zustimmung der Berlinerinnen und Berlin mit, sondern Erfahrungen bei sportlichen Großevents und schon heute das meiste der geforderten Infrastruktur mit.“ Die Sportverbände lud der Regierende Bürgermeister auch für die Zukunft ein, abseits von Olympia, Berlin mit all seiner Sportbegeisterung als Heimat für ihre Wettkämpfe zu sehen: „Wir stehen bereit.“

„Wir wollen den Traum von olympischen und paralympischen Spielen im eigenen Land wahr werden lassen, ganz egal ob in Hamburg oder Berlin“, sagten der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh und der sportpolitische Sprecher Dennis Buchner. Der DOSB habe offenbar besonders viel Wert auf die positive Olympiastimmung in der Stadt gelegt. Deshalb sei Berlin trotz seines guten, nachhaltigen Konzepts und trotz vorhandener Sportstätten und Hotelkapazitäten nicht zum Zug gekommen.

100-Tage-Bilanz:

## „Wir gehen rein in die Kieze“

Michael Müller setzt auf Bürgernähe und gutes Regieren

**Bürgernähe und gute Regierungsarbeit stehen für Berlins Regierenden Bürgermeister Michael Müller ganz oben. Der Erfolg gibt ihm schon jetzt recht: 100 Tage nach dem Amtsantritt Müllers liegt die Berliner SPD mit 29 Prozent in den Umfragen wieder deutlich vor der CDU (25 Prozent).**

„Es ist die Zeit zum Regieren, und noch nicht die Zeit für harten politischen Wahlkampf“, stellte Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller auf einer Klausurtagung des SPD-Landesvorstands am vergangenen Sonntag fest. Nach 100 Tagen zog er eine selbstbewusste Bilanz. „Wir müssen nicht kleinmütig sein“, sagte er. In Berlin entstehen tausende neue Arbeitsplätze, die Stadt sei attraktiv. Der Senat setze seinen Konsolidierungskurs fort und investiere gleichzeitig in die wachsende Stadt. Eine große Bedeutung habe für den neuen Senat die Bürgernähe. „Wir gehen rein in die Kieze“, so Müller. Er bekräftigte zudem seinen Vorschlag, über die Berliner Nutzung des Humboldt-Forums neu nachzudenken. Dazu sei es nicht zu spät. Mit



Klausurtagung des Landesvorstands: Michael Müller und Jan Stöß. Foto: SPD Berlin

dem neuen Ausstellungskonzept könne eine Plattform geschaffen werden, um „von hier aus über die Entwicklung der Welt zu diskutieren“.

Die Klausurtagung war Auftakt des Wahlprogrammprozesses der Berliner SPD, der jetzt von einer Steuerungsgruppe begleitet wird. Über Kernthesen, so der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß, werden die Mitglieder abstimmen können.

siehe Seite 3, 4 und 7

## Neue Spielräume für Bezirke

Haushaltsüberschuss und Schuldenabbau

**Die Berliner Bezirke haben das Haushaltsjahr 2014 mit einem Überschuss in Höhe von 7,5 Millionen Euro abgeschlossen. Damit profitierten auch sie, so Finanzsenator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen, von der guten Haushaltsentwicklung in Berlin.**

„Die Konsolidierungsbezirke bauen ihre Schulden stetig ab und stärken damit ihre Handlungsfähigkeit“, sagte Kollatz-Ahnen. „Insgesamt wollen wir dazu beitragen, dass die Bezirke neue Spielräume gewinnen und den Berlinerinnen und Berlinern zuverlässig gute Leistungen anbieten können.“ Der Guthabenstand der Bezirke hat sich weiter verbessert und liegt aktuell bei insgesamt 70,3 Millionen Euro. Das ist der

höchste Stand seit der Bezirksgebietsreform 2001. Im Jahr 2003 lag der Schuldenstand der Bezirke noch bei insgesamt 115,1

### LIEBE LESERINNEN UND LESER,

DIE NÄCHSTE AUSGABE DER BERLINER STIMME ERSCHEINT NACH DEN OSTERFERIEN AM 11. APRIL 2015. WIR WÜNSCHEN ANGENEHME FESTTAGE. IHRE REDAKTION

Millionen Euro. Auch die Konsolidierungsbezirke Pankow, Mitte und Marzahn-Hellersdorf konnten Schulden abbauen. Ein langfristiges Konzept zur Sicherung der Bezirksfinanzen hatte die Berliner SPD am Sonntag auf ihrer Vorstandsklausur beschlossen. **BS**

Sylvia-Yvonne Kaufmann:

# „Kampf gegen Intoleranz“

Internationaler Tag gegen Rassismus am 21. März

**Während der Plenarwoche im Europäischen Parlament in Straßburg fand eine Aussprache zur Zunahme von Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und gewaltbereitem Extremismus in der EU statt. Die Berichte von Angst und Unsicherheit unter Juden haben seit den Anschlägen von Paris zugenommen. In vielen jüdischen Einrichtungen wie Schulen und Synagogen wurden die Sicherheitsvorkehrungen verschärft.**

Dabei ist das Problem nicht erst seit Paris bekannt. Die Europäische Agentur für Grundrechte (FRA) berichtete bereits im Jahr 2013 von einer deutlichen Zunahme antisemitischer Diskriminierungen und Straftaten in ganz Europa. Dabei reichen die Berichte von Vandalismus an jüdischen Stätten, über die Verbreitung von Stereotypen und unterschwelliger Äußerungen gegen Juden beispielsweise im Internet, bis hin zu gewalttätigen Übergriffen. Problematisch sei auch, dass Polizeikräfte häufig nicht ausreichend ausgebildet sind, um mit Beschwerden von Minderheiten richtig umzugehen.

Gleichzeitig stellte die FRA eine Zunahme von Diskriminierung und Stigmatisierung von Muslimen in der EU fest. Besonders über die sozialen Medien fänden mitunter extreme und radikale Äußerungen Verbreitung. Rechtspopulistische Parteien und Protestbewegungen wie PEGIDA nutzen die Unsicherheit aus, um gegen Minderheiten und Flüchtlinge Stimmung zu machen und Anti-Muslimische Ressentiments zu schüren.

Laut FRA ist dies eine komplexe Entwicklung. Häufig jedoch führe die unsichere wirtschaftliche Lage und steigende Arbeitslosigkeit in vielen Mitgliedstaaten zu einer höheren Bereitschaft, Sündenböcke zu suchen. Gerade Muslime und Juden würden darunter leiden und sich vermehrt mit Anfeindungen konfrontiert sehen. Aber auch die politischen Entwicklungen im Nahen Osten hätten Auswirkungen auf die jüdischen und muslimischen Gemeinden in Europa.

Für uns Sozialdemokraten im Europäischen Parlament ist klar, dass deutlich mehr passieren muss, um Minderheiten in der EU zu schützen. Der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit und der Einsatz für mehr soziale Gerechtigkeit sind zentrale Werkzeuge, um politischen Extremen und Diskriminierung entgegenzuwirken. Daher müssen wir die wirtschaftliche Lage der Menschen in der Europäischen Union stärken und die Integration von Einwanderern



Sylvia-Yvonne Kaufmann ist Berliner Europaabgeordnete.

Foto: Horb

und Minderheiten fördern. Die Bekämpfung von Ausgrenzung und Diskriminierung ist eine Querschnittsaufgabe, der wir uns alle verschreiben müssen. Die Sensibilisierung von Polizei und Justiz für die Probleme von Minderheiten sind ebenso dringend notwendig wie verstärkte Aufklärungs- und strafrechtliche Maßnahmen.

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, in dem ich arbeite, wird schon bald in einer Anhörung gemeinsam mit Vertretern der Zivilgesellschaft und der religiösen Gemeinschaften die aktuelle Situation eingehend diskutieren. Die Ergebnisse der Anhörung und der Plenardebatte werden dann in eine Entschließung einfließen, in der wir Europaparlamentarier im April konkrete politische Strategien zur Bekämpfung aller Formen von Rassismus, einschließlich Antisemitismus und Islamfeindlichkeit, einfordern werden.

Bei der Plenardebatte in Straßburg machte EU-Kommissar Johannes Hahn deutlich: „Der Kampf gegen Intoleranz muss höchste Priorität haben“. Wir werden die Kommission und die nationalen Regierungen an dieser Aussage messen.

Sylvia-Yvonne Kaufmann □

## Mahnwache am 24. März

Seyran Ates und Lala Süsskind, die beide unterschiedlichen Glaubensrichtungen angehören, wollen mit einer Mahnwache am Dienstag, dem 24. März 2015 um 18 Uhr vor dem Brandenburger Tor an das Lebensrecht aller Menschen auf dieser Welt erinnern - unabhängig von unserer Religion oder Weltanschauung. „Wir stehen gemeinsam am Brandenburger Tor, um für ein respektvolles Zusammenleben zu werben“, heißt es in ihrem Aufruf. **BS □**

Glückwünsche:

## AWO-Vorsitzender Hans Nisblé wird 70

**Am 28. März feiert der Berliner Landesvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt (AWO) seinen 70. Geburtstag.**

Der Berliner SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß würdigte Nisblés Verdienste für die Stadt und das langjährige Engagement in der Sozialpolitik. „Welche Funktion oder welches Amt Du über die Jahre ausgefüllt hast, sei es Stadtrat, Bezirksbürgermeister, Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus oder Landesvorsitzender der Berliner AWO, Du warst immer mit ganzem Herzen und klugem Verstand dabei“, so Stöß.

Hans Nisblé trat 1961 in die SPD ein, zehn

Jahre lang, von

1968 bis 1978 leite-

te er die Geschäfts-

stelle der Weddinger

SPD, danach übernahm er die

Leitung der AWO-

Landesgeschäfts-

stelle. 1985 wurde

er Mitglied des Ber-

liner Abgeordneten-

hauses, ein Jahr

später wählte ihn

die BVV Wedding zum Stadtrat für Sozial-

wesen. Von 1994 bis Ende 2000 war er

Weddinger Bezirksbürgermeister. Nach der

Bezirksfusion wurde er Stadtrat für Ge-

sundheit und Soziales und stellv. Bezirks-

bürgermeister von Berlin-Mitte. Seit 2004

ist er Landesvorsitzender der AWO. **BS □**



Hans Nisblé. Foto: AWO

## POLITIK PERSÖNLICH

**André Schmitz**, früherer Kulturstaatssekretär, ist von den Mitgliedern des Vereins der Freunde der Staatsbibliothek zu Berlin zum neuen Vorsitzenden gewählt worden. Seit 1997 unterstützt der Verein die größte wissenschaftliche Universalbibliothek im deutschsprachigen Raum. **BS □**

### Berliner Stimme

**Herausgeber:** SPD Landesverband Berlin  
**Verlag:** wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin

**Redaktion:** Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

**Abo-Service:** Jürgen Thomas, Tel.: 2130 870, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de  
Abonnementspreis: 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

**Druckerei:** KORRekt Mailingservice Berlin

Senat:

# „Wir setzen auf solide Arbeit“

Im BS-Interview: Der Regierende Bürgermeister Michael Müller zur Bilanz der ersten 100 Tage des neuen Senats

**„Ruhe und auch Sicherheit im Wandel“ will Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller der Stadt geben. Im Interview mit der BERLINER STIMME zieht er eine Bilanz der ersten 100 Tage im Amt, er nimmt Stellung zum Wohnungsbau und zur Olympiabewerbung.**

**BS:** Die ersten hundert Tage im Amt liegen hinter Ihnen. Wenn man auf die Umfragewerte schaut, waren sie für Sie und die SPD ganz erfolgreich. Gibt es schon so etwas wie ein Markenzeichen Ihrer Arbeit als Regierender Bürgermeister?

**Michael Müller:** Ich glaube, es geht nicht darum, ein „Markenzeichen“ zu entwickeln. Vielleicht sind die guten Umfragewerte gerade der Tatsache geschuldet, dass der von mir geführte Senat nicht auf Selbstdarstellung - auf Markenbildung, wenn Sie so wollen - setzt, sondern auf solide Arbeit. Wir haben eine Reihe von Herausforderungen in der Stadt. Viele haben damit zu tun, dass Jahr für Jahr um die 40.000 Menschen nach Berlin ziehen. Wachstum ist gut. Aber der damit verbundene Wandel macht vielen, gerade in den Kiezen, auch Angst. Ich möchte der Stadt in der ganzen Aufregung, die Berlin auch ausmacht, etwas mehr Ruhe geben. Ruhe und auch Sicherheit im Wandel.

**BS:** Sie haben eine Sprechstunde des Regierenden Bürgermeisters eingeführt. Mit welchen Themen kommen die Berlinerinnen und Berliner?

**Michael Müller:** Das ist ganz unterschiedlich. Und ich bin froh, dass ich die Möglichkeit nutzen kann, mit den Menschen direkt zu sprechen. Das erdet und macht den Blick frei für das Wesentliche. Mal geht es um die Schlaglöcher in der Wohnstraße, um Probleme in der Kita, um nicht sanierte Schulen oder eben auch um Wohnungsprobleme. Um die Alltagsorgen eben. Da hilft es nicht, wenn man sagt, dafür ist der Bezirk zuständig oder die oder jene Senatsverwaltung. Die Bürgerinnen und Bürger wissen, dass ich nicht alles machen kann, aber sie erwarten, dass alle Verwaltungen, ganz gleich, ob auf Landes- oder Bezirksebene miteinander ihr Bestes tun. Das erwarte ich auch und fordere es als Regierender Bürgermeister ein - für die Berlinerinnen und Berliner.

**BS:** In den ersten 100 Tagen haben Sie die Weichen für zahlreiche Investitionen gestellt. Welche sind Ihnen am wichtigsten?

**Michael Müller:** Erst einmal sollten wir kurz innehalten und bedenken: Das Land



Die ersten 100 Tage mit Bravour absolviert: Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller, hier beim Internationalen Frauentag in der Wilmersdorfer Straße. Foto: Horb

Berlin kann aus eigener Kraft eine halbe Milliarde Euro in seine Infrastruktur investieren. Das wird mir schon als viel zu selbstverständlich angesehen. Wenn man das vor ein oder zwei Jahren erzählt hätte, wäre man ungläubig angeschaut worden.

Das hat viel mit unserem konsequenten Konsolidierungskurs und der wachsenden Stadt zu tun. Alle, die sich über immer mehr Touristen und Zuzügler ärgern, sollten bedenken, dass wir auch wegen dieser positiven Entwicklungen finanzielle Handlungsspielräume gewinnen.

Zu Ihrer Frage: Genau genommen ist jede Investition wichtig, die die Infrastruktur stärkt. Auch wegen der wachsenden Stadt, aber besonders, weil es den Berlinerinnen und Berlinern zugute kommt, die in den letzten Jahren des Sparens vieles geduldig ertragen haben, damit wir wieder handlungsfähig werden. Bewusst legen wir unsere Schwerpunkte auf die Sanierung von Schulen und die Verkehrsinfrastruktur. Aber wir investieren auch in unsere Krankenhäuser, in mehr Wohnungen und Sicherheit sowie in Kultur und Wissenschaft. Am Ende werden alle Berlinerinnen und Berliner profitieren.

**BS:** Am Ende der ersten 100 Tage stand die Entscheidung des DOSB über eine deutsche Bewerberstadt für die Olympischen Spiele. Was bedeutet die Entscheidung für die Stadt?

**Michael Müller:** Zunächst gratuliere ich Hamburg und versichere, dass wir die deutsche Bewerbung, wo es nur geht, unterstützen werden. Aber natürlich bin ich enttäuscht und nach wie vor der Meinung,

100-Tage-Bilanz:

## Angekündigt und umgesetzt

**Der Müller-Senat setzt um, was er versprochen hat. Das wurde in den ersten 100 Tagen erreicht:**

○ **Mehr Investitionen.** 500 Millionen Euro werden zusätzlich in die Infrastruktur für die wachsende Stadt investiert. Allein 80 Millionen Euro davon fließen in die Sanierung von Schulen, weitere 12 Millionen in ein Schultoilettenanierungsprogramm, zusätzliche 66 Millionen an BAFÖG-Mitteln in Investitionen in den (Hoch-)Schulbereich. Im Zuge des Bäderkonzepts 2015 entstehen zwei neue Kombibäder.

○ **Mehr Kitaplätze.** Berlin schafft weitere 10.000 Kitaplätze. Die Früheinschulung wird zum Schuljahr 2015/2016 flexibilisiert.

○ **Mehr Personal.** Die Serviceleistungen für die Berlinerinnen und Berliner in den Bezirks- und Hauptverwaltungen sollen durch Neueinstellungen verbessert werden, Planungs- und Genehmigungsprozesse werden beschleunigt.

○ **Mehr Wirtschaftskraft.** Durch die Investitionsoffensive erhält die Berliner Wirtschaft einen kräftigen Schub. Start-ups bekommen zusätzliches Gründungskapital. Die Vergabe öffentlicher Aufträge wurde vereinfacht.

○ **Mehr Mieterschutz.** Berlin nutzt jetzt sämtliche zur Verfügung stehenden Mittel zur Stabilisierung der Mieten. Die neue Umwandlungsverordnung schützt Mieterinnen und Mieter vor Verdrängung. Große Neubauvorhaben sind angesichts der weiter anhaltenden Zuzüge in die Stadt von gesamtstädtischem Interesse und werden vom Land übernommen.

○ **Mehr Kultur.** Der Karneval der Kulturen wurde als wichtiger Bestandteil der Stadt der Vielfalt erhalten. Über die neue Liegenschaftspolitik werden künstlerische Produktionsorte und Freiräume gesichert.

○ **Mehr Klarheit.** Beim BER wurden zügig Personal- und Strukturentscheidungen getroffen. Damit sind alle Voraussetzungen für ein verlässliches Abarbeiten der anstehenden Aufgaben und die Einhaltung des genannten Terminbandes mit der Eröffnung in der 2. Jahreshälfte 2017 geschaffen.

○ **Mehr Kommunikation.** Michael Müller setzt auf das Gespräch mit der Stadtgesellschaft und mehr Bürgernähe. Der Senat besucht monatlich die Bezirke und der Regierende Bürgermeister lädt halbjährlich zur Bürgersprechstunde. □

Fortsetzung Seite 4

**Fortsetzung von Seite 3**

dass es viele gute Argumente für Berlin gegeben hat. In Berlin ist in wenigen Monaten die Zustimmung von 48% auf 55 % gestiegen. Das erreicht man nicht mit einer schlechten Performance und schlechten Argumenten. Und Berlin kann Olympia. Wir hatten meines Erachtens das bessere Konzept für Reformspiele, die sich von der Gigantomanie vergangener Olympiaden unterscheiden. Und - das sage ich ganz unbescheiden - Berlin hat als einzige Stadt in Deutschland den internationalen Ruf, mit dem man in der Konkurrenz der großen Bewerbernamen am ehesten bestehen kann. Aber natürlich werden wir mit Hamburg um die Spiele kämpfen und klar machen. Ein olympischer Tag in Hamburg und ein Aufenthalt in der für viele zurzeit spannendsten Metropole Europas - dazwischen liegen nur 100 ICE-Minuten.

**BS:** Mehr Menschen suchen in Berlin derzeit Zuflucht. Wie steht die Stadt bei Unterbringung und Integration derzeit da?

**Michael Müller:** Die Situation ist nicht einfach. Aber zuerst müssen wir an die Menschen denken, die Furchtbares erlebt haben und hier bei uns Zuflucht suchen. Ich bin glücklich über die breite Unterstützung und das bürgerschaftliche Engagement der Berlinerinnen und Berliner, wenn es darum geht, praktisch vor Ort zu helfen.

Wichtig ist jetzt erst einmal, die Menschen unterzubringen. Keiner will, dass die

Flüchtlinge in Turnhallen leben müssen. Wir tun unser Bestes, möglichst viele eigene Liegenschaften zu aktivieren, um dies zu vermeiden. Und wir können auch auf die mobilen Einrichtungen nicht verzichten. Damit wir zügiger vorankommen, haben wir zusätzliches Personal für das Lageso und für jeden Bezirk zwei zusätzliche Stellen bewilligt. Damit müssen jetzt alle Beteiligten im Interesse der Flüchtlinge verantwortungsvoll umgehen.

Hier werden wir noch lange gefordert sein und reden im Senat, aber auch im Rat der Bürgermeister regelmäßig über die aktuelle Lage und unsere nächsten Schritte für die Menschen.

Zur besseren Integration geht es uns vorrangig um Spracherwerb und darum, zu ermöglichen, dass Flüchtlinge schneller Arbeit annehmen können und eine Wohnung finden. Das ist nicht immer einfach, uns aber sehr wichtig.

**BS:** In der Wohnungspolitik sind sich alle einig, dass Neubau eine wichtige Voraussetzung für bezahlbare Mieten ist. Nur da, wo die passenden Grundstücke sind, neben dem Mauerpark oder an den Buckower Feldern, soll nicht gebaut werden. Wie kann hier erfolgreiche Überzeugungsarbeit geleistet werden?

**Michael Müller:** Ich bin sicher, die Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner weiß, dass Wohnungsneubau für die wachsende Stadt und die Menschen, die sich zum Beispiel durch ihre Familienplanung verän-

dern wollen, unverzichtbar ist. Wir müssen dieser Mehrheit wieder eine Stimme geben. Es ist dabei Aufgabe von Politik, deutlich zu machen, dass Wohnungsbau eine gesamtstädtische Aufgabe im Interesse der Menschen ist. Wir werden nicht vor Einzelinteressen kapitulieren. Überall, aber nicht bei mir, ist keine Lösung. Hier muss Politik Haltung zeigen und vor allem Verantwortung übernehmen, auch wenn es Gegenwind gibt. Im Übrigen bleiben die rechtlichen Mittel der Bürgerbeteiligung ungetastet. Wenn wir einzelne Bauverfahren an uns ziehen, muss aber auch klar sein, dass bezahlbarer Wohnraum eine große Rolle spielt. Wir brauchen diese Wohnungen und das erhöht auch die Akzeptanz.

**BS:** Was steht in den nächsten 100 Tagen an?

**Michael Müller:** Es gibt natürlich noch viel zu tun. Schließlich haben wir für alle Bereiche wichtige Entscheidungen auf unserer Senatsklausur Anfang Januar getroffen, die wir nach und nach abarbeiten müssen.

Mir ist es jetzt in den nächsten Monaten am wichtigsten, dass wir nicht nur Investitionen in Höhe von einer halben Milliarde Euro beschließen, sondern jetzt zügig auf den Weg bringen. Ich bin sicher, das wird uns gelingen, wenn alle Verwaltungen im Land und in den Bezirken jetzt an einem Strang ziehen. Dass es geht, haben wir vor einigen Jahren beim Konjunkturpaket Zwei bewiesen. □

**Humboldt-Forum:**

# Wie die Welt Berlin verändert und Berlin die Welt

Michael Müller stößt neue Debatte um Berliner Beitrag im Humboldt-Forum an

**4000 Quadratmeter Ausstellungsfläche stehen Berlin im künftigen Humboldt-Forum zu. Bislang sollte hier die Landes- und Zentralbibliothek einziehen und die Fläche den Sprachen der Welt gewidmet werden. Jetzt hat sich der Regierende Bürgermeister und Kultursenator Michael Müller mit einem neuen Vorschlag zu Wort gemeldet.**

Unter dem Titel „Welt. Stadt.Berlin“ soll eine Ausstellung erzählen, wie in den letzten 200 Jahren „Berlin die Welt und die Welt Berlin veränderte“, so das Konzept. Kunst, Wissenschaft, Migration, Krieg und Teilung, Diktatur und Freiheit sind dabei Themen. Die Vorbereitung der Ausstellung soll die Kultur Projekte Berlin GmbH übernehmen, die im vergangenen Jahr die Lichtergrenze zum Mauerfall inszenierte. Einer größeren architektonischen Umplanung bedürfte es für das Konzept nicht, heißt es in der Projektbeschreibung.

„Unsere Stadt kann zeigen, dass sie immer noch in dem libertären Takt schlägt, den die Humboldt-Brüder vorgegeben ha-



„Stadtschloss“-Baustelle: Richtfest soll Mitte Juni sein. Foto: Horb

ben“, so der Regierende Bürgermeister in einem Gastbeitrag im „Tagesspiegel“. „Unsere Stadt kann zeigen, dass sie Spiegelbild der deutschen und europäischen Zeitgeschichte ist, man hier im Guten wie im Bösen alles ablesen kann, was Deutschland in den vergangenen 200 Jahren ausgemacht hat. Unsere Stadt kann den Berlinerinnen und Berlinern wie auch ihren Gästen zeigen, welche Ideen von ihr und dem

ganzen Land ausgegangen sind, wie die Welt sie geprägt hat und umgekehrt sie auch die Welt.“

Geplant werde „kein Heimatmuseum“, stellte Michael Müller auf der Klausurtagung des SPD-Vorstands klar. Die Veränderungen der Stadt, die vielfältige Geschichte, der Kampf um Deutungshoheit, Vertreibung, Zerstörung, Vernichtung, Teilung der Stadt und Labor für Neues - all das soll sich auf den 4000 Quadratmetern im Humboldt-Forum widerspiegeln. „Wer in Berlin steht, steht in den Kulissen früherer Erregungen“, heißt es im Projektentwurf. Und es heißt weiter: „Während die Ausstellungen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und der Humboldt-Universität den Makrokosmos in den Blick nehmen (die außereuropäische ‚Welt‘), thematisiert die Landesfläche also den Mikrokosmos Berlin, der über Jahrhunderte hinweg den Raum bot, in dem die in den oberen Stockwerken gezeigten außereuropäischen Sammlungen überhaupt entstehen konnten - durch Berlinerinnen und Berliner, die Beziehungen zur Welt hatten.“ **uh □**

## Haushalt:

## „Mittleres Konjunkturprogramm“

Raed Saleh: Neue Investitionen in die wachsende Stadt

**Mit dem Sondervermögen „Infrastruktur der Wachsenden Stadt“ wird die Koalition Investitionen so finanzieren, dass sie nicht neue Schulden schaffen. Denn wegen der guten Konjunktur und der Ausgabendisziplin des Senats entstanden in den letzten Jahren Haushaltsüberschüsse. Mit der einen Hälfte dieser Überschüsse werden Schulden getilgt. Die andere Hälfte – ca. 500 Mio. Euro – wird für Investitionen verwendet. Die größten Ansätze hier im Überblick:**

○ 120 Mio. Euro erhalten die Berliner Bezirke, davon sollen ca. 70 Prozent für die Schulsanierung verwendet werden. Die Berliner Immobilienholding (BIM), die Berlinovo oder die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung sollen bei der Umsetzung helfen, wenn die Bezirke darum bitten.

○ 108 Mio. Euro werden in die Berliner Krankenhäuser investiert.

○ Für 60 Mio. Euro werden zwei neue Multifunktionsbäder gebaut. Das Konzept dahinter: Neue Bäder sollen mehr Besucherinnen und Besucher anlocken und damit auch mehr Einnahmen generieren. Dafür sollen keine Kiezbäder geschlossen werden.

○ Mit 58 Mio. Euro werden neue U-Bahnen für die BVG gekauft.



Raed Saleh ist Vorsitzender der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus. Foto: Horb

○ 40 Mio. Euro werden für die Flüchtlingsunterbringung investiert.

○ 30 Mio. Euro fließen in Modellprojekte für den preiswerten Wohnungsbau.

○ 18 Mio. Euro werden für sogenannte Modulare Ergänzungsbauten an Schulen eingesetzt. Diese Bauten werden 70 bis 80 zusätzliche Unterrichtsräume ermöglichen.

○ 10 Mio. Euro aus dem SIWA werden für ein Programm für Investitionen zum Ausbau der Kita-Betreuung verwendet.

Mit dem SIWA-Gesetz schaffen wir ein Investitionsprogramm, das ungefähr so groß ist wie ein mittleres Konjunkturprogramm. Damit wird die wachsende Stadt gestärkt. Aber auch die Wirtschaft wird davon profitieren, wenn das Land Berlin mehr investiert.

Raed Saleh □

## Tag gegen Rassismus:

## DGB lädt zum Frühlingsfest

**Mit einem Frühlingsfest am Übergangwohnheim Marienfelde setzt der DGB Berlin-Brandenburg zum Internationalen Tag gegen Rassismus ein Zeichen der Solidarität mit Flüchtlingen.**

Zusammen mit dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg und dem Bildungsträger Arbeit und Leben veranstaltet der DGB ein Kinder- und Familienfest zum Frühlingsanfang, der in vielen Weltregionen als Nowruz-Fest gefeiert wird. Bei der Veranstaltung sprechen die Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler, Arbeitsssenatorin Dilek Kolat und die Gewerkschaftssekretärin Roghieh Ghorban von der DGB-Region Berlin.

➔ Samstag, 21. März 2015, 11.00 Uhr, Übergangwohnheim Marienfelder Allee, Marienfelder Allee 66 - 80, 12277 Berlin.

## Baudarlehen für Berliner Familien

**Mit einem Pilotprogramm „IBB Familienbaudarlehen“ will der Senator für Stadtentwicklung und Umwelt, Andreas Geisel die Eigentumbildung bei jungen Familien fördern.**

Voraussetzung für die Förderung sind im Haushalt lebende minderjährige Kinder sowie die Einhaltung einer Einkommensgrenze. Gefördert werden nur Neubauprojekte. BS □

## Verkehr:

## Schrittweise abgehängt

Kitschun und Heinemann: Ostbahnhof nicht vom Fernverkehr abkoppeln

**Die Deutsche Bahn will den Ostbahnhof weitgehend vom ICE-Verkehr abhängen und plant zum diesjährigen Fahrplanwechsel, die ICE-Linie 10 Richtung Hannover ins Rheinland ab Dezember am Hauptbahnhof beginnen und enden zu lassen. Dagegen machen derzeit die beiden Abgeordneten Susanne Kitschun und Sven Heinemann mobil.**

Der Ostbahnhof darf als wichtiger Fernbahnhof für die zentralen und östlichen Stadtteile nicht infrage gestellt werden, so die beiden Abgeordneten. Er sei der einzige Fernbahnhof im Ostteil der Stadt und werde auch von Kreuzberg und Teilen von Neukölln aus genutzt. Die beiden Friedrichshainer Abgeordneten haben den Senat aufgefordert, sich umgehend gegenüber der Deutschen Bahn dafür einzusetzen, dass zum Fahrplanwechsel 2015 keine Fern- und Regionalbahnlinien auf der Berliner Stadtbahn gestrichen oder verlegt



Susanne Kitschun und Sven Heinemann Foto: privat

werden. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Cansel Kiziltepe (MdB) hat sich dafür bei Bahnchef Rüdiger Grube eingesetzt.

Der Ostbahnhof muss als wichtiger Fernbahnhof für die östlichen Bezirke in vollem Umfang als ICE- und Regionalbahnhaltepunkt erhalten bleiben, fordern die Abgeordneten. Nur so könne das Konzept einer Stadt der kurzen Wege konsequent umge-

setzt werden. In diesem Zusammenhang erinnern die Abgeordneten außerdem an die Forderung von SPD und CDU, dass auch am Bahnhof Zoologischer Garten wieder Fernverkehrszüge halten. Bereits mit der Degradierung des Bahnhof Zoo zum Regionalbahnhof habe die Deutsche Bahn das gemeinsam verabschiedete Berliner „Pilzkonzzept“ einseitig aufgekündigt.

Anfang der 90er-Jahre hatten Berliner Senat, Bundesverkehrsministerium und Deutschen Bahn vereinbart, auf welchen Gleisen Fern- und Regionalzüge die Berlin durchqueren und an welchen Bahnhöfen sie halten: Danach ist ein dezentrales Haltekonzept mit einer Führung des Ost-West-Verkehrs über die Stadtbahn und die Beibehaltung der Funktion der Bahnhöfe Zoologischer Garten und Ostbahnhof als Fernverkehrshalte vorgesehen. Nach dem Zoo darf jetzt nicht auch noch der Ostbahnhof schrittweise abgehängt werden, so Susanne Kitschun und Sven Heinemann. BS □

## FRAKTION INTERN

**Equal Pay Day 2015.** Zum Tag gegen Lohnungleichheit von Frauen und Männern am 20. März hat die SPD-Fraktion Postkarten und Schokoladengeld verteilt. An der Aktion für den Abbau von Lohnunterschieden nahmen die frauenpolitische Sprecherin Dr. Ina Czyborra, die arbeitsmarktpolitische Sprecherin Burgunde Grosse und weitere Abgeordnete teil. Dr. Ina Czyborra: „In Deutschland beträgt die Entgeltlücke zwischen Frauen und Männern aktuell 22 Prozent, in Berlin ist die Lohnschere mit knapp 15 Prozent kleiner. Aber auch das ist deutlich zu viel.“ Werden Berufe überwiegend von Frauen ausgeübt, werden diese traditionell schlechter bewertet und auch schlechter bezahlt. Als Folge haben Frauen eine schlechte Altersversorgung, vielen droht Altersarmut. „Wer Leistung bringt, egal ob in einem technischen Beruf oder in einem Beruf mit Verantwortung für Menschen, muss gleich gut bezahlt werden“, betont Czyborra. Der Equal Pay Day markiert jenen Zeitraum, den Frauen über den Jahreswechsel hinaus länger arbeiten müssen, um auf das durchschnittliche Jahresgehalt von Männern zu kommen. Burgunde Grosse: „Dieser Tag leistet einen wichtigen Beitrag, indem er dafür sorgt, dass über die bestehenden Ungerechtigkeiten gesprochen wird. Das Ziel gleicher Löhne für gleichwertige Arbeit kann nur erreicht werden, wenn man offen und transparent mit dem Problem der Entgeltungleichheit umgeht.“

**Jugendberufsagentur beschlossen.** Der rot-schwarze Senat hat die Einrichtung der Jugendberufsagentur Berlin beschlossen, die auf eine sozialdemokratische Initiative zurückgeht. Franziska Becker, Beauftragte für Berufliche Bildung der SPD-Fraktion: „Mit der Jugendberufsagentur reformieren wir das Übergangssystem zwischen Schule und Beruf. Diese Schnittstelle wird künftig besser koordiniert und systemisch gestaltet.“ Nach langen Verhandlungen ist ein Arbeitsbündnis zustande gekommen, welches aus der Senatsverwaltung für Bildung und der Senatsverwaltung für Arbeit, der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit und den Bezirken besteht. „Die Verantwortlichen haben erkannt, dass solche komplexen Politikziele nur gemeinsam und systemübergreifend funktionieren können. Das ist ein großer Erfolg“, sagt Becker. Im Fokus der Jugendberufsagentur stehen die regionalen Anlaufstellen der Bezirke, in denen unter einem Dach bedarfsorientierte Beratung sowie passgenaue Vermittlung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter 25 Jahren angeboten werden soll. **cs** □

Friedrichshain-Kreuzberg:

# Auftakt zum Mentoring

Erstmals sind vier Frauen ohne Parteibuch mit dabei

**„Die Vielfalt Eurer Biografien ist wahnsinnig beeindruckend“, sagte die SPD-Kreisvorsitzende Julia Schimeta beim Auftakttreffen des Mentoring-Programms 2015. 15 Frauen aus Friedrichshain-Kreuzberg nehmen in diesem Jahr am Programm teil. Neu ist, dass in diesem Jahr vier Frauen ohne Parteibuch am Programm teilnehmen.**

Beim Auftakttreffen Ende Februar 2015 hat jede Teilnehmerin ihre persönliche Ansprechpartnerin oder ihren persönlichen Ansprechpartner erhalten. „Das Programm lebt vom Zusammenspiel zwischen Mentor\_in und Mentee, deshalb gilt unser besonderer Dank den zahlreichen Mentorinnen und Mentoren, die sich bereitgefunden haben, eine Frau zu betreuen“, so die ASF-Kreisvorsitzende Martina Hartleib.

Bis Juli 2015 lernen die Teilnehmerinnen nun das Parteileben der SPD kennen. Sie nehmen an Sitzungen der Abteilungen, des Kreisvorstands oder der Kreisdelegiertenversammlung teil. Sie lernen die Bezirksverordnetenversammlung mit all ihren Gremien kennen. Sie führen Gespräche mit



Auftakttreffen der Frauen.

Foto: Hartleib

der Bundestagsabgeordneten Cansel Kiziltepe, mit dem Abgeordneten Björn Eggert und dem Landesvorsitzenden der SPD Dr. Jan Stöß.

Der Landesverband Berlin begleitet das Programm mit Fortbildungsveranstaltungen wie zum Beispiel Rhetorik oder Verhandlungen führen. „Das verspricht spannend zu werden. Wir freuen uns auf einen intensiven Austausch mit vielen spannenden Frauen“, so Julia Schimeta.

**Martina Hartleib** □

Spandau:

## Spenden für die Flüchtlinge



**Computer, Spielzeug, Fahrräder, Musikinstrumente, Sofas und viele Kuscheltiere: Für die Bewohner zweier Flüchtlingsunterkünfte in Spandau sind acht vollbeladene Kombi-Fahrzeuge mit Spenden zusammen gekommen.**

Die in den letzten Wochen im Bürgerbüro des Spandauer SPD-Abgeordneten Daniel Buchholz gesammelten Spenden werden jetzt vor Ort an die Bewohner im Rohrdamm und in der Motardstraße verteilt. Buchholz: „Die Hilfsbereitschaft der Spandauer für die Flüchtlinge ist einfach überwältigend! Nach meinem Aufruf trafen so viele Spenden ein, dass sie bereits zweimal einen ganzen Raum in meinem Bürgerbüro gefüllt haben.“ **PM** □

Nachruf:

## Reiner Süß: Sänger und Sozialdemokrat

**Wir nehmen Abschied von einem berühmten Opernsänger und SPD-Mitglied, der am 29. Januar kurz vor seinem 85. Geburtstag in einem Pflegeheim außerhalb Berlins gestorben ist.**

Reiner Süß, in Leipzig geboren, hat vorwiegend in Opernhäusern in der ehemaligen DDR und später in den neuen Bundesländern gesungen. Aber auch die Wiener Staatsoper und die Pariser Oper standen ihm offen. Berühmt geworden ist er auch mit der Fernsehsendung „Da liegt Musik drin“. In einem persönlichen Gespräch 2010 sagte er mir: Sein Lebensmotto sei, den Menschen mit seinem Gesang Freude zu bereiten.

Nach der Wende begann Reiner Süß neben seinen musikalischen Aktivitäten noch eine späte politische Karriere. Weil ihn Willy Brandt immer beeindruckt hatte, trat er Ende 1989 der SPD bei, wurde im Mai 1990 Mitglied der Ost-Berliner Stadtverordnetenversammlung und zog 1991 bis 1995 für Hellersdorf ins Abgeordnetenhaus ein..

Wir gedenken Reiner Süß in Ehrfurcht und werden sein Andenken in Ehren bewahren. **Christiane Uhlich, stellv. Vorsitzende der AG 6oplus in Marzahn-Hellersdorf** □

Klausurtagung:

# Gute Ausgangsbasis für 2016

## SPD-Landesvorstand beriet Entwicklung des Wahlprogramms und die Bezirksfinanzen

**Auf einer Klausurtagung hat sich der SPD-Landesvorstand am vergangenen Sonntag mit der Ausgangslage vor der Wahl im kommenden Jahr, dem Prozess zur Erstellung des Wahlprogramms und den Finanzen von Land und Bezirken befasst.**

Der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß gratulierte dem Regierenden Bürgermeister zu erfolgreichen hundert Tagen im Amt. Er wies auf die zahlreichen beschlossenen Investitionsmaßnahmen hin, auf die guten Arbeitsmarktzahlen und die Fortschritte in der Wohnungspolitik.

Gute Regierungsarbeit schlägt sich auch in Umfrageergebnissen nieder. Forsa-Chef Manfred Güllner attestierte der Berliner SPD nicht nur einen deutlichen Vorsprung vor der CDU, sondern auch gute Werte in den wichtigen Kompetenzfeldern und bei den Sympathiewerten für den Regierenden Bürgermeister. 67 Prozent der Berlinerinnen und Berliner attestieren ihm, dass er etwas von den Problemen Berlins versteht, 63 Prozent bescheinigen ihm Kompetenz. Dagegen können nur 44 Prozent der Berlinerinnen und Berliner mit der CDU „irgendwelche Vorstellungen“ verknüpfen, 56 Prozent können das nicht. 67 Prozent meinen gar, die CDU habe seit der Abgeordnetenhauswahl 2011 noch nichts für die Stadt geleistet.

Für die Piraten und die FDP sah Güllner in Berlin keine Perspektiven, die AfD ordnete er eindeutig im rechtskonservativen bis rechtsextremen Lager ein und warnte vor unnötiger Aufwertung. Wenn die SPD weiter mit guter Kommunalpolitik überzeuge, habe sie gute Chancen, bei den



Klausurtagung des SPD-Landesvorstands mit Forsa-Chef Manfred Güllner (l.) Foto: SPD Berlin

Wahlen im kommenden Jahr wieder vorne zu liegen. Schlechter schneidet die SPD derzeit bei den bundespolitischen Erhebungen ab. Hier liegt sie fünf Prozent unter ihrem aktuellen Berliner Ergebnis. Güllner wies auf den Vertrauensschwund bei beiden großen Volksparteien hin. Allein die SPD habe zwischen 1998 und 2009 rund 10 Millionen Wählerinnen und Wähler verloren, die meisten an das Lager der NichtwählerInnen. 2013 habe sie dann rund 1,2 Millionen Stimmen zurückgewonnen.

Die Klausurtagung war Auftakt des Wahlprogrammprozesses der Berliner SPD. Als Schwerpunkte in der jetzt anlaufenden Debatte über das Wahlprogramm nannte der Landesvorsitzende Jan Stöß die drei Bereiche Wohnen/Stadtentwicklung/Mobilität, Wirtschaft/Arbeit sowie Bildung, Themen, die auch in den Forsa-Umfragen zu den wichtigsten Themen der Stadt gehören und sich auch in den Themenvorschlägen aus der Mitgliedschaft spiegeln, die Ende vergangenen Jahres beim SPD-Landesverband eingingen.

Die Entwicklung des Wahlprogramms wird eine Steuerungsgruppe unter Leitung des Charlottenburg-Wilmersdorfer SPD-Kreisvorsitzenden Christian Gaebler begleiten. Die stellvertretenden Landesvorsitzenden Iris Spranger (Bau/Wohnen), Barbara Loth (Arbeit/Wirtschaft) und Mark Rackles (Bildung) werden die Schwerpunktthemen betreuen. Zu allen Themen wird es Fachtagungen geben. Bis zum Sommer sollen Papiere zu den verschiedenen Themen vorliegen. Nach der Sommerpause wird es eine Reihe von Fachtagungen geben.

Einstimmig hat der Landesvorstand den noch einmal leicht überarbeiteten Antrag „Starke Finanzen im Land und in den Bezirken“ beschlossen. Mit ihrem Vorstandsbeschluss stelle die SPD die Weichen, damit die Bezirke die steigenden Anforderungen der wachsenden Stadt erfüllen können, so der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß. „Die SPD bekennt sich dazu, die Berliner Bezirke leistungsfähiger zu machen und mit ausreichend Finanzmitteln und Personal auszustatten.“ An der Erarbeitung waren Vertreterinnen und Vertreter des Senats, der Abgeordnetenhausfraktion und der Bezirke beteiligt (siehe BS 02-2015). Der SPD-Vorsitzende Jan Stöß: „Es ist uns gelungen, ein Gegeneinander von Landes- und Bezirksebene zu vermeiden und einen breiten Konsens mit einer Wertschätzung der Leistungen in den Bezirken zu erzielen. Wir zeigen mit unserem Beschluss: Wir sind die Berlin-Partei, wir tragen die politische Verantwortung auf Landesebene und in den Bezirken. Der Antrag wird auf dem Landesparteitag am 13. Juni 2015 abschließend beraten.“

U.H. □

## Berlin als Pioniermetropole für Zusammenhalt

### Landesdelegiertenkonferenz der AG Migration & Vielfalt tagte

**Ein 10-Punkte-Papier für das Wahlprogramm der Berliner SPD 2016 hat die Berliner AG Migration und Vielfalt auf einer Landesdelegiertenkonferenz am 4. März 2015 beschlossen. Zugleich wurde der Berliner Landesvorsitzende Aziz Bozkurt für den Bundesvorsitz der AG nominiert und somit für die Nachfolge von Staatsministerin Aydan Özoğuz, die zuvor schon angekündigt hatte, nicht mehr für das Amt kandidieren zu wollen. Seit der Gründung 2012 führte Aydan Özoğuz die Bundesarbeitsgemeinschaft an.**

Bozkurt bedankte sich bei den Delegierten für das große Vertrauen und versprach im Falle einer Wahl, die Bundes-AG genau

so zu einem Aktivposten in der Bundes-SPD machen zu wollen, zu der die Landes-AG in Berlin geworden ist. Zwei Schlüsselthemen wolle er dabei ins Zentrum der inhaltlichen Arbeit auf Bundesebene rücken: „Die sozialdemokratische Aufstiegs politik muss wiederbelebt und der Ausbreitung von Ungleichwertigkeitsideologien muss konsequent Einhalt geboten werden.“

Nach Grußworten vom Fraktionsvorsitzenden im Abgeordnetenhaus Raed Saleh und der Abgeordneten Susanne Kitschun, die den Fachausschuss „Strategien gegen rechts“ leitet, folgte eine intensive Beratung. Neben Anträgen zu verschiedenen aktuellen Themen wie der Diskussion um ein Einwanderungsgesetz und einem

Staatsvertrag mit Berliner Muslimen, beschlossen die Delegierten ein 10-Punkte-Papier für das Wahlprogramm der Berliner SPD 2016.

Unter dem Titel „Unser Berlin: Pioniermetropole für Zusammenhalt und Teilhabe“ formulierte die AG Migration und Vielfalt die wichtigsten Forderungen, um Berlin als Vorbild für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Teilhabe zu positionieren. Darin empfiehlt sie u.a., die ethnische Ökonomie als Motor der Berliner Wirtschaft zu nutzen, die besten Schulen für die größten Herausforderungen, um Segregation zu bekämpfen und die Ausländerbehörde abzuschaffen, um an ihrer Stelle eine Willkommensbehörde aufzubauen.

BS □

Arbeitsgemeinschaften:

# 80 und kein bisschen leise

## AG 60plus gratuliert Werner Kleist zum Geburtstag

**Werner Kleist, seit 2008 als Nachfolger der verstorbenen Lilo Strachmann Landesvorsitzender der AG 60plus, feierte am 15. März seinen 80. Geburtstag. Die AG 60plus gratuliert - und wünscht weiter viel Kampfgeist und Schaffenskraft.**

Vom Landesparteitag wurde er jeweils in den Landesvorstand gewählt, zuletzt 2014 und immer mit den höchsten Stimmenergebnissen aller zu wählenden Kandidaten. Das spornte ihn an, sich beharrlich auf allen Ebenen für die Ziele der AG 60plus einzusetzen, ob in seiner Abteilung Schmargendorf, im Kreis Charlottenburg-Wilmersdorf oder im Land und im Bund. Das war nicht immer erfolgreich. Das hinderte ihn nicht, immer wieder nachzuhaken, wenn sein Sinn für Gerechtigkeit gefragt ist. So z. B. das Eintreten seit 2008, im RBB einen Vertreter oder eine Vertreterin der älteren Bürger für den 30köpfigen Rundfunkrat durchzusetzen. Bisher vergebens. Kleist: „Mehr als 900.000 Berlinerinnen und Berliner über 60 haben dort keinen Vertreter, während viele kleinere Gruppen z. T. mehrfach vertreten sind.“ Auch die notwendige Novellierung des Seniorenmitwirkungsgesetzes, kommt in einem wesentlichen Punkt nicht voran: die Verbesserung der Wahlbeteiligung durch das Einführen der Briefwahl. Da heißt es weiterkämpfen.

Kleist ist seit Ende der 60er Jahre, dem Beginn seiner politischen Tätigkeit in der



Werner Kleist - hier beim Empfang der AG 60plus im Gespräch mit Cansel Kiziltepe und Heidemarie Fischer. Foto: Gerald Lorenz

SPD, bekannt dafür, dass er nicht so schnell aufgibt. Das war erfolgreich bei seinem Eintreten für die Wilmersdorfer Kleingärten. So konnte der städtische Teil der Kolonie Oeynhausen endgültig gesichert werden, wofür ihn der Wilmersdorfer Bezirksverband der Kleingärtner mit einer Ehrenmedaille auszeichnete.

Für ihn ist die Wohnung keine x-beliebige Ware, sondern eine Lebensnotwendigkeit, die den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung erfordert. Deshalb sieht er die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen sehr kritisch, die so restriktiv wie möglich behandelt werden sollte. In seinem Wohnumfeld ist er dafür bekannt, das er für die Belange derjenigen eintritt, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens

stehen. Das haben die Wähler bei den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen mit sehr guten Ergebnissen honoriert. Kleist war von 1975 bis 1989 Bezirksverordneter, zuletzt Fraktionsvorsitzender. Er war dreimal - 1989, 1992 und 1996 - Spitzenkandidat der Wilmersdorfer SPD für das Amt des Bezirksbürgermeisters. Bis 1999 war er 10 Jahre lang stellvertretender Bezirksbürgermeister und Bezirksstadtrat, zuerst für Jugend und Sport, dann für Finanzen. Obwohl noch gewählt, musste er 1999 aus Krankheitsgründen ausscheiden.

Werner Kleist wurde am 15. März 1935 in Berlin als Kind einer Arbeiterfamilie geboren. Die Eltern waren Widerstandskämpfer und den Verfolgungen der Gestapo ausgesetzt. Krieg und die Nachkriegszeit erlebte er in Berlin und hat deren Schrecken, besonders den Naziterror und die Bombenangriffe, nicht vergessen. Das hat ihn geprägt. Ein großes Glück ist für ihn, dass seinen Kindern, Enkeln und seiner 10jährigen Ur-enkelin erspart geblieben ist, was er in der Nazizeit erleben musste. Nach dem Abitur 1954 und dem Studium der Verwaltungswissenschaften an der Verwaltungsakademie kam er als Finanzbeamter zur OFD Berlin und schied dort als Kommissarischer Leiter der Betriebsprüfung Zoll aus, um das Amt im Bezirksamt anzutreten. Politischer Ziehvater und Vorbild in Schmargendorf war ihm Professor Ernst Schellenberg, der Sozialpapst der SPD-Bundestagsfraktion. An viele innerparteiliche Scharmützel - Rechts gegen Links, Kampf gegen Stomokap, die Urwahl 1995 in Wilmersdorf - denkt er heute mit einem Schmunzeln zurück. Schnee von gestern.

Heidemarie Fischer □

Vor Ort:

## AnsprechBar feiert 5. Geburtstag

Bürgertreffpunkt von SPD und Jusos in Schöneweide

**Eine Institution in Schöneweide feiert am 28. März ihren 5. Geburtstag: die SPD-AnsprechBar.**

Am 27. März 2010 eröffneten die Jusos Treptow-Köpenick gemeinsam mit der SPD Treptow-Köpenick die AnsprechBar. Der Wunsch war es zu zeigen, dass die Sozialdemokratie nicht nur eine Partei ist, welche bei Wahlen antritt. Vielmehr sollte deutlich werden, dass sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten als eine gesellschaftliche Bewegung verstehen, welche sich durch ehrenamtliches, soziales und gemeinnütziges Engagement auszeichnet. Im Sinne der Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität handeln und diese mit Leben erfüllen, das war und ist das Ziel der Aktivitäten rund um die AnsprechBar.

Konkret heißt dies, für die Nachbarinnen und Nachbarn in Schöneweide da zu sein, ob sie am Wahltag das Kreuz bei der SPD

machen oder nicht. Die Bürgersprechstunden, die kostenlose Nachhilfe, die Hilfe bei Rechtsfragen, die kostenlosen Arbeitslosenfrühstücke und vieles mehr ist in den letzten vier Jahren entstanden. Alles ehrenamtlich getragen und durch Spenden finanziert.

Zum 5. Geburtstag ist die Nachbarschaft zu Kaffee und Kuchen und zum Mitfeiern eingeladen. Ab 14 Uhr ist die AnsprechBar geöffnet, ab 18 Uhr wird zum kleinen Empfang gebeten. Als Gäste sind unter anderem Matthias Schmidt (Mitglied des Deutschen Bundestages), Oliver Igel (Bezirksbürgermeister), Dilek Kolat (Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen) und der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß eingeladen. **PM** □

➡ Samstag, 28. März, ab 14 Uhr, in/an der AnsprechBar, Siemensstraße 15, 12459 Berlin

Vor Ort:

## 150 Friedenauer Gespräche

**Die SPD Friedenau lädt am 27. März zum 150. Friedenauer Gespräch.**

Seit 15 Jahren führt die SPD Friedenau regelmäßig Friedenauer Gespräche durch. An wechselnden Treffpunkten in Kneipen, Bistros und Restaurants in Friedenau, meist am vierten Freitagabend eines Monats, werden Fragen, Wünsche und Probleme aus dem Kiez aufgegriffen und konkrete Hilfen angeboten, sagt die langjährige Organisatorin Margot Przesang. Ihre Teilnahme am 150. Friedenauer Gespräch haben zugesagt: Dr. Jan Stöß, SPD-Landesvorsitzender, Dilek Kolat, Senatorin für Arbeit, Frauen und Integration, Mechthild Rawert, Bundestagsabgeordnete, Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler, Bezirksstadtrat Oliver Schworck und viele mehr. **BS** □

➡ Freitag, 27.03.2015, 19:00 Uhr, Ort: Restaurant „Brigantino“, Rheinstraße 53, 12161 Berlin



Landesverband:

# „Gedächtnis der Berliner SPD“

## Jan Stöß: Dank an den Vorsitzenden der Historischen Kommission Siegfried Heimann

**Der Blick in die Geschichte hat für die Sozialdemokratie eine ganz besondere Bedeutung. Wie keine andere Partei ist sie geprägt von den historischen Auseinandersetzungen, von den Kämpfen um soziale Gerechtigkeit, von Verboten und von Verfolgung. Über 150 Jahre lang hat sie ihre Werte in diesen Kämpfen bewahrt und aktiv gestaltet, was heute Geschichte ist.**

Aus ihrer Geschichte bezieht die Sozialdemokratie immer wieder neue Kraft, sie ist zudem ein wichtiger Kompass für die aktuelle Politik. Einer, der wesentlichen Anteil an dieser Orientierung hat, ist Siegfried Heimann. Mit Gedenkveranstaltungen, Broschüren und Vorträgen haben er und die Mitglieder der Historischen Kommission beim Landesvorstand der Berliner SPD die Erinnerung an wichtige Ereignisse, aber auch an die Schicksale von vielen engagierten Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wach gehalten. Wenn Siegfried Heimann jetzt nach 17 Jahren den Vorsitz der Historischen Kommission niederlegt, ist das ein Einschnitt für die Berliner SPD. Denn wie kein anderer verkörpert er das Gedächtnis der Berliner SPD.

Geboren wurde Siegfried Heimann am 14. September 1939, zwei Wochen nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs. Aufgewachsen ist er in Görlitz, wo er als fast 14-jähriger den Aufstand des 17. Juni miterlebt. Freiheit ist für ihn ein wichtiges Thema, das sich auch durch seine ganze spätere Arbeit zieht. 1957, gleich nach dem Abitur, verlässt er die DDR und studiert Geschichte, Germanistik und Philosophie in Münster, Berlin und London. Er engagiert sich im SDS, der eine sozialistische Gesellschaftsordnung will und zugleich den Stalinismus der DDR ablehnt, während die SPD sich gerade mit ihrem Godesberger Programm für neue Wählerschichten öffnen möchte und 1961 mit einem Unvereinbarkeitsbeschluss die Trennlinie zum SDS zieht. Mit etwas Bedenkzeit tritt Siegfried Heimann am 1. Mai 1965 der SPD bei, in diesem Jahr ist er 50 Jahre Mitglied.

Anfang der achtziger Jahre rief Peter Glotz die Historische Kommission der SPD auf Bundesebene ins Leben, der Siegfried Heimann seit den neunziger Jahren ebenfalls angehört. Kurz darauf, 1983, hat Manfred Rixin die Kommission beim Berliner Landesverband gegründet. 1990 übernahm Nils Diederich den Vorsitz, seit 1998 hatte ihn Siegfried Heimann ununterbrochen inne.

Berlin war immer eines der Zentren der Arbeiterbewegung, gut und anschaulich



*Siegfried Heimann, habilitierter Politikwissenschaftler und Privatdozent an der FU Berlin, leitete 17 Jahre lang die Historische Kommission beim Berliner SPD-Landesvorstand. Foto: Horb*

dargestellt ist das in einem historischen Reiseführer, der zur 150-Jahr-Feier der SPD von Siegfried Heimann und Helga Grebing herausgegeben wurde. Darin wird der Bogen von der Märzrevolution 1848 über die Entstehung der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftsbewegung bis in unsere Zeit geschlagen. Ob es die Zeit des Sozialistengesetzes angeht, die innerparteilichen Auseinandersetzungen um die Bewilligung der Kriegskredite im I. Weltkrieg, die Zeit der Verfolgung und des Widerstands gegen die NS-Diktatur oder die Wiedergründung der Partei nach 1945 und die Zwangsvereinigung - immer ist auf Siegfried Heimanns Expertise Verlass.

Mit seinen beiden Büchern zur Geschichte des Preußischen Landtags hat er Politik und Stadtgeschichte in einer anschaulichen historischen Darstellung verbunden. Einen besonderen Schwerpunkt in seiner Arbeit bildete die Berliner Nachkriegszeit

mit der Urabstimmung der Berliner SPD, den Ost-West-Auseinandersetzungen und der Herausbildung einer neuen Ostpolitik durch Willy Brandt und Egon Bahr. Im Rahmen der zehnbändigen „Willy-Brandt-Edition“ der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung hat er im Band 3 die Berliner Nachkriegsjahre Willy Brandts umfassend dokumentiert.

Trotz Zwangsvereinigung war die SPD bis zum Mauerbau 1961 auch in Ost-Berlin aktiv. Es ist Siegfried Heimanns Verdienst, dass dieses kaum beachtete Kapitel deutsch-deutscher Geschichte nicht in Vergessenheit geraten ist. Als 1989 die SDP in Ost-Berlin gegründet wurde, hat er in unzähligen Vorträgen an diese Tradition erinnert. Zugleich hat er an der Dokumentation der friedlichen Revolution mitgewirkt und den Anteil, den die ostdeutsche Sozialdemokratie daran hatte, in aller Klarheit herausgearbeitet.

Immer wieder hat sich Siegfried Heimann mit Lebenswegen auseinandergesetzt, die nicht gradlinig verliefen, die von historischen Ereignissen, aber auch von neuen Erkenntnissen und Einsichten geprägt waren. Während seiner Arbeit an einem Buch über die Berliner Falken, der SPD-nahen Jugendorganisation, machte er zahlreiche lebensgeschichtliche Interviews und eine ihn damals sehr irritierende Erfahrung. „In den Erzählungen der ehemaligen Falken war Willy Brandt der Anführer der rechten Berliner SPD, der der linken Berliner SPD um Franz Neumann allmählich das Wasser abgrub“, schreibt Siegfried Heimann in einem Aufsatz über „Linke Lebensläufe“. „Von den Anhängern Neumanns wiederum gehörten zum Zeitpunkt meiner Interviews einige zu den größten Kritikern Brandts, den sie wegen seiner Ostpolitik tadelten. Einige waren deswegen aus der SPD ausgetreten und manche machten sogar Wahlkampf für Franz-Josef Strauß.“ Rechts und Links sind für ihn als Sozialdemokraten wie als Historiker, der um die Vielschichtigkeit von Ereignissen und Persönlichkeiten weiß, keine hilfreichen Orientierungen. „Die Mitgliedschaft in einer bestimmten ‚linken‘ Partei oder ‚linken‘ Organisation kann daher auch kein Kriterium für einen linken Lebenslauf sein. Kriterium allein ist die Treue zur linken Überzeugung, die Welt zum Besseren verändern zu wollen und nicht der politischen Karriere zu opfern“, schreibt Siegfried Heimann. Eine Richtschnur, an die er sich selbst stets gehalten hat. Dafür ist ihm die Berliner SPD zu großem Dank verpflichtet.

Jan Stöß □

## Neuer Vorsitzender der HiKo berufen

Heiner Wörmann, Vorsitzender der Abteilung Tiergarten-Süd, ist zum neuen Vorsitzenden der Historischen Kommission der Berliner SPD berufen worden. Er war als Historiker bei Arbeit und Leben Berlin tätig, einer Einrichtung des DGB und der Volkshochschulen, und befasste sich für die Gedenkstätte Deutscher Widerstand u.a. mit dem Widerstand in den Bezirken 1933 bis 1945. □

Innenpolitik:

# Kampf gegen Organisierte Kriminalität

Frank Zimmermann: Das Berliner Polizeirecht maßvoll reformieren

**Derzeit wird im Berliner Abgeordnetenhaus über Änderungen am Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz des Landes Berlin (ASOG) beraten. Nach der Beschlussempfehlung des Innenausschusses wird der Gesetzentwurf nun im Plenum beraten. Die Zweite Lesung und die Abstimmung sind am 26. März vorgesehen. Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Frank Zimmermann, erläutert die Pläne.**

Die ASOG-Anpassung ist notwendig, um Lücken bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens zu schließen. Wir reagieren damit auf die zunehmende grenzüberschreitende Kriminalität und geben der Polizei die nötigen Rechtsgrundlagen an die Hand. Es ist eine maßvolle Reform des Berliner Polizeirechts.

So wurde vereinbart, eine sichere Rechtsgrundlage für Auslandseinsätze der Berliner Polizei zu schaffen. Hintergrund ist, dass Berliner Polizeikräfte im Rahmen ihrer Routineaufgaben auch im Ausland zunehmend im europäischen Ausland und darüber hinaus tätig werden. Diese Einsätze werden nun ausdrücklich gesetzlich geregelt, wie andere Bundesländern es auch tun. Ebenso ist vorgesehen, den Einsatz ausländischer Polizeikräfte in Berlin ausdrücklich zu regeln. Voraussetzung für den Einsatz wird sein, dass entsprechende völker- oder europarechtliche Grundlagen bestehen und die Senatsverwaltung für Inneres zustimmt.

Die Koalitionsvereinbarung sieht auch die Einführung einer eigenen Rechtsgrundlage für das Kfz-Kennzeichenscanning nach Brandenburger Vorbild vor. Das Scannen kann bei der vorbeugenden Bekämpfung organisierter, insbesondere grenzüberschreitender Kriminalität helfen. Angesichts der Tatsache, dass derzeit



Frank Zimmermann ist innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus.

ein Kennzeichenscanning durch die Polizei auf ungesicherter Rechtsgrundlage erfolgt, ist eine präzise Regelung geboten. Sie schafft mehr Klarheit bei gleichbleibender Eingriffstiefe. Auch künftig ist das Kennzeichenscanning nur zur Abwehr von Straftaten von erheblicher Bedeutung zulässig. Dabei werden die Daten, die beim automatisierten Abgleich keinen Treffer ergeben, sofort gelöscht. Eine Evaluation dieser Regelung wird gesetzlich festgeschrieben.

Ebenfalls in Umsetzung der Koalitionsvereinbarung werden wir den Unterbindungsgewahrsam, enger als viele andere Bundesländer, von 48 auf höchstens 72 Stunden verlängern. Wiederum enger als in vielen anderen Ländern wird dieser verlängerte Unterbindungsgewahrsam nur bei der Gefahr der Begehung von Straftaten im Zusammenhang mit gewalttätigen Versammlungen zulässig sein.

Eine weitere Lücke im Kampf gegen internationale Kriminalität schließen wir durch die Übernahme der europarechtlichen Regelungen des Schengener Informationssystems II (SIS II) in das Landesrecht.

Die nach dem ASOG bereits bestehenden Möglichkeiten, Kraftfahrzeuge zur Beobachtung auszuschreiben, werden damit erweitert um Wasserfahrzeuge, Luftfahrzeuge und Container.

Zur besseren Bekämpfung rechtsextremer Gewalt wird die Datenübertragung zwischen der Polizei und anderen ermittelnden Behörden im ASOG auf eine eigene Rechtsgrundlage gestellt. Eine solche Rechtsextremismusdatei soll zur frühzeitigen Aufdeckung geplanter Straftaten in diesem Bereich beitragen.

Wir wollen die Opfer häuslicher Gewalt besser schützen. Dazu soll das bereits bestehende Wegweisungsrecht, das insbesondere bedrohte Frauen schützt, ergänzt werden. Künftig soll das Opfer nicht mehr nur in der bisherigen gemeinsamen Wohnung und am Arbeitsplatz, sondern auch in seiner neuen Wohnung geschützt werden.

Rechtstechnischer und klarstellender Natur sind geplante Anpassungen des ASOG an das geänderte Bundesrecht hinsichtlich der gerichtlichen Überprüfung des Freiheitsentzuges sowie zur Einziehung sichergestellter Gelder zugunsten der Landeshauptkasse.

Die Anordnung der Observierung von Personen wird ebenso wie die Anordnung technischer Überwachungsmaßnahmen in Zukunft nur noch Behördenleitern oder einem Angehörigen der Polizeiführung vorbehalten bleiben. Solche Maßnahmen bedürfen künftig der Anordnung des Polizeipräsidenten, seiner Vertreterin, eines der fünf Direktionsleiter oder des Leiters des Landeskriminalamtes bzw. dessen Stellvertreter.

Nicht erforderlich sind hingegen die Einführung von Elektroschockwaffen (Taser) über das SEK hinaus oder die Ausweitung der Bestandsdatenauskunft.

Frank Zimmermann □

## Zusätzliche Investitionsmittel des Bundes für Berlin

**Berlin werden bis zum Jahr 2018 voraussichtlich rund 245 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stehen. Darauf hat der Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete und Haushaltsexperte seiner Fraktion Swen Schulz hingewiesen. Bei den Geldern handelt es sich um zusätzliche Investitionsmittel des Bundes für die Kommunen.**

„Das ist eine gute Nachricht für Berlin“, so Schulz. „Die kommunale Entlastung kommt früher als bislang in der Koalition vereinbart und steigt bereits 2017 auf 2,5 Milliarden Euro. Zusätzlich wird ein kom-

munaler Investitionsfonds in Höhe von 3,5 Milliarden Euro für die Jahre 2015 bis 2018 geschaffen. Der Anteil Berlins an diesen zusätzlichen Milliarden in Höhe von etwa 245 Millionen Euro wird sehr helfen, etwa Straßen, Schulen, Wohnungen zu sanieren oder neu zu bauen.“

Insgesamt werden die Kommunen in dieser Legislaturperiode um 15 Milliarden Euro entlastet. Schulz: „Das ist der SPD besonders wichtig: Die Städte und Gemeinden müssen den Bürgern vor Ort eine gute Infrastruktur und gute Angebote bieten können.“

Berlin dürfte Schulz zufolge auch die Chance auf weitere Investitionen bekommen, die von den Bundesministerien veranlasst werden: „Über die kommunale Entlastung hinaus wird der Verkehrsetat um über 4 Milliarden Euro erhöht, es sind über 1 Milliarde Euro mehr für den Aktionsplan Energieeffizienz vorgesehen, die nationalen Projekte des Städtebaus werden ausgeweitet, es wird Modellvorhaben zum nachhaltigen Wohnen und energetische Sanierungen und weitere Investitionsprogramme geben. Berlin dürfte davon eine ordentliche Scheibe abschneiden können.“ **BS □**

Freihandel:

# „Keine Vorteile für die Kultur erkennbar“

## TTIP und CETA müssen die kulturelle Vielfalt erhalten

**Zum Schluss herrschte Einigkeit. Aus europäischer Sicht, so Diskutanten und Publikum, sind für den Kulturbereich von einem Freihandelsabkommen zwischen den USA und der Europäischen Union keine Vorteile zu erwarten. Deshalb sollte die Kultur aus einem TTIP-Abkommen herausgenommen werden. Wobei allerdings schon die Definition, was denn der Begriff „Kultur“ beinhaltet, zwischen USA und EU unterschiedlich ausgelegt werden dürfte.**

Eingeladen zur Diskussion über „TTIP ohne Kultur?“ hatte das Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie mit dem Charlottenburger Abgeordneten Frank Jahnke einen Wirtschaftspolitiker, der zugleich Vorsitzender des Kulturausschusses im Abgeordnetenhaus ist. Er machte mit einem Blick in die Wirtschaftsgeschichte deutlich, dass Freihandel Vorteile bringen kann, auch wenn punktuell ein Schutz der eigenen Wirtschaft durch Zölle durchaus sinnvoll sein kann. Deutschland habe inzwischen rund 140 bi- oder multilaterale Handelsabkommen mit anderen Staaten geschlossen. Auch die derzeit besonders umstrittenen Schiedsstellen, mit deren Hilfe Unternehmen gegen Staaten außerhalb des normalen Rechtswegs vorgehen können, finden sich darin. Sie seien eine „deutsche Erfindung“, so Jahnke, 1959 im Freihandelsabkommen mit Pakistan eingeführt, damals als Absicherung für deutsche Investoren gedacht. Und es würde sich wohl auch heute kaum Widerstand gegen die Klausel regen, wenn der Vertragspartner nicht gerade die USA wären, mutmaßten Diskussions Teilnehmer.

Mit den USA und der EU wollen nun zwei der größten Wirtschaftsräume ein Abkommen schließen, angesichts der vorhandenen Orientierung der USA auf den asiatischen und pazifischen Raum - auch hier wird über ein Freihandelsabkommen verhandelt - könnte ein erfolgreicher Abschluss für viele Unternehmen in der EU durchaus vorteilhaft sein. Dass jetzt Bundeskanzlerin Merkel auf das Verhandlungstempo drückt und sich einen Abschluss noch in diesem Jahr wünscht, hat wohl auch mit dem bevorstehenden US-Wahlkampf zu tun: Eine Einigung mit dem derzeitigen Präsidenten scheint erfolgversprechender.

Jahnke sieht in einem Freihandelsabkommen vor allem Vorteile für Branchen wie die Automobilindustrie oder den Maschinenbau. Und nicht nur Großkonzerne, wie Kritikern argwöhnen, sondern auch mittelständische Unternehmen könnten



Diskussion über TTIP ohne Kultur: Frank Jahnke, Gabriele Schulz, Eckhardt Barthel. Foto: Horb

vom Wegfall von Handelshemmnissen profitieren. Im Kulturbereich oder bei der Daseinsvorsorge sieht er dagegen vor allem Risiken. So trage die auch in Europa nicht unumstrittene Buchpreisbindung, noch immer zum Erhalt kleinerer Läden bei. Amazon dagegen sieht darin vor allem ein Handelshemmnis, möchte die Preise selbst bestimmen. Jahnke: „Wir müssen die kulturelle Vielfalt erhalten und dürfen die staatliche Förderung für die Kulturlandschaft nicht einschränken.“

Gabriele Schulz, stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates, wies auf die UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt hin, der die Bundesregierung verpflichtet sei. Die USA haben sie dagegen nicht unterzeichnet - so bleibt es auch fraglich, ob sie eine Bezugnahme auf die Konvention in einem TTIP-Abkommen überhaupt akzeptieren werden. Ein „scharfes Schwert“ sei die Konvention allerdings nicht, räumte sie ein, da die Klagemöglichkeit bei Verstößen fehle. Ein internationaler Handelsgerichtshof, wie von Sigmar Gabriel als Alternative zu privaten Schieds-

gerichten gefordert, könnte auch der UNESCO-Konvention mehr Durchsetzungskraft verleihen.

Gabriele Schulz kritisierte vor allem die Absicht, mit einer Negativliste Ausnahmen in den Freihandelsabkommen festzuschreiben. Angesichts rasanter technischer Entwicklungen wisse man heute nicht, welche Möglichkeiten es in fünf oder zehn Jahren zum Beispiel bei digitalen Verbreitungswegen gebe, die dann dennoch vom Abkommen erfasst wären, weil nicht auf der Negativliste erfasst. Sie warb daher für Positivlisten, in denen festgelegt wird, für welche Bereiche das Freihandelsabkommen gelten soll. Interessen der USA, die mit denen aus der Kreativ- und Kulturszene kollidieren könnten, sieht sie u.a. im E-Commerce, wo Amazon oder Apple sich neue Bereiche erschließen wollen oder beim E-Learning, wo sich amerikanische Firmeninteressen und das staatlich geförderte Volkshochschulsystem gegenüber stehen. Dagegen dürfte etwa die deutsche Filmförderung erhalten bleiben, fließt sie doch inzwischen auch in die Kalkulation mancher Hollywood-Produktion ein.

Umgekehrt sind die Erwartungen in der Kulturszene in Europa nicht sehr groß: Kultur sei durch die Sprache geprägt, so Gabriele Schulz. Hier sieht sie für deutsche Kulturangebote wenig Chancen auf dem US-amerikanischen Markt. Schon heute, so Frank Jahnke, gebe es eine „amerikanische Hegemonie“ in der Filmbranche. Nur dreißig Prozent der hier gezeigten Kinofilme seien deutsche Produktionen.

Eckhardt Barthel, Moderator der Veranstaltung, wies auf das Misstrauen hin, das sich angesichts der mangelnden Transparenz der Verhandlungen entwickelt habe. Inzwischen stehen viele Dokumente der EU-Seite online zur Verfügung. Aber wie Barthel forderten auch andere Diskussions TeilnehmerInnen mehr Offenheit und Berichterstattung. Denn auch den meisten Kritikern gehe es nicht darum, die Freihandelsabkommen grundsätzlich zu verhindern.

Abgeschlossen werden, so die Podiumsteilnehmer, dürfe nur ein gutes Abkommen, das die Mindeststandards im sozialen und ökologischen Bereich in der EU wie in den USA wahre, das die bestehenden Rechtssysteme nicht über private Schiedsgerichte aushebele und das die kulturellen Entwicklungsmöglichkeiten unangetastet lasse. Zudem wünschten sich die TeilnehmerInnen, dass Freihandelsabkommen der großen Industrienationen nicht zu Lasten der Entwicklungsländer gehen. **uh** □

### 21. Mai: Tag der kulturellen Vielfalt

Der Deutsche Kulturrat will den 21. Mai, den Tag der kulturellen Vielfalt, als Aktionstag zur Aufklärung über die Freihandelsabkommen CETA und TTIP nutzen.

Der Kulturrat ruft dazu auf, an diesem Tag in die Öffentlichkeit zu gehen und über die Risiken der Abkommen zu informieren. Aktuelle Informationen und Hintergrundmaterialien zum Thema gibt es auf einer Aktionsseite im Internet: <http://www.tag-gegen-ttip.de/>

## Verspielte Adenauer eine historische Chance?

Das Manuskript liegt derzeit bei Verlagen in Berlin und Essen. Auf über 400 Seiten haben die Autoren Tilman Fichter und Siegwald Lönnendonker Aufsätze und Dokumente zusammengetragen, die sich mit einer wichtigen deutschlandpolitischen Entscheidung der Nachkriegszeit befassen: den Reaktionen auf die Stalinnote von 1952, in der Deutschland unter bestimmten Bedingungen die Einheit angeboten worden war.

Der Vorgang selbst ist im öffentlichen Bewusstsein vergessen, die Geschichte scheint darüber hinweggegangen, auch bei den Historikern. Dabei bleiben Fragen. War Stalins Angebot ernst gemeint? Was waren Adenauers Motive für die schroffe Ablehnung? Und konnte er überhaupt frei entscheiden? Beeinflusste er die westlichen Alliierten oder hielt er sich an deren Vorgaben? Welche Rolle spielte Walter Ulbricht, dessen Macht geschwunden wäre? Hätte eine ernsthaftere Prüfung der Geschichte in Deutschland und Europa einen anderen Verlauf gegeben? Oder war die Entscheidung zur Spaltung Deutschlands längst gefallen? Zu Unrecht, so meinen Fichter und Lönnendonker, verstauben die entsprechenden Dokumente in den Archiven.

Fichter und Lönnendonker, die u.a. das Standardwerk zur Geschichte des Sozialistischen Studentenbundes SDS verfasst haben, wollten ein politisches Buch vorlegen, kein Geschichtsbuch. Entsprechend meinungsfreudig gehen sie an die Aufarbeitung dieser Phase der fünfziger Jahre, in der sie vor allem die Sozialdemokratie als treibende Kraft in Westdeutschland ausmachen, die es mit der deutschen Einheit noch ernst meint. Adenauer, so mutmaßen sie, hätte den Deutschen die Fähigkeit zur Demokratie nicht zugetraut, die Westorientierung der Bundesrepublik war dem antipreußisch eingestellten Rheinländer wichtiger als die Einheit des Landes. Gegenpol war Kurt Schumacher, schon gesundheitlich geschwächt, ein Aufsatz von Peter Brandt liefert Hintergründe zu ihm.

Beteiligt am Disput haben sich Peter Brandt, Rolf Badstübner, Friedrich Dieckmann, Tilman P. Fichter, Otto Kallscheuer, Siegwald Lönnendonker, Wilfried Loth, Ulrich Schacht und Stefan Wolle. **U. Horb** □

Adenauer und die Stalinnote:

# Wer verhinderte die Einheit?

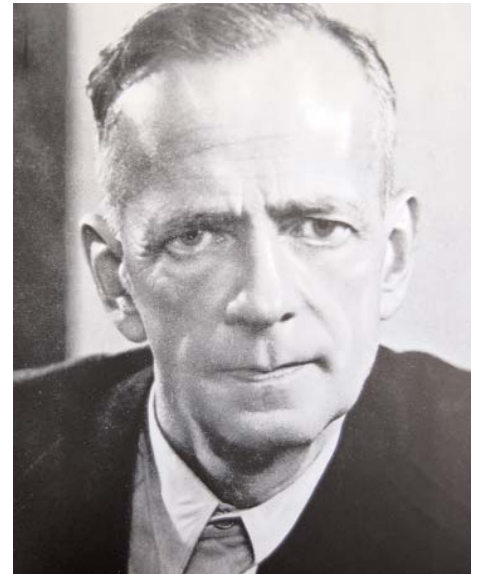
Ein deutschlandpolitischer Klärungsversuch

Die Berliner Stimme dokumentiert mit freundlicher Genehmigung der Autoren in dieser und den kommenden Ausgaben Auszüge aus dem Manuskript „Wollte Adenauer die Einheit? Das Jahr 1952“, herausgegeben von Tilman Fichter und Siegwald Lönnendonker. In dieser Ausgabe beginnen wir mit einem Auszug aus dem Vorwort der Herausgeber.

Am 10. März 1952 überreichte der stellvertretende sowjetische Außenminister Andrej Andrejewitsch Gromyko den Vertretern der drei Westmächte in Moskau eine diplomatische Note, in der die Regierung der UdSSR die „Wiederherstellung Deutschlands als einheitlichen Staat“ in den in der Potsdamer Konferenz beschlossenen Grenzen anbot. Als Ostgrenze sollte dementsprechend die „Oder-Neiße-Linie“ gelten. Bedingung war allerdings, daß ein wiedervereinigtes Restdeutschland „keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse“ eingehen dürfe, die sich „gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen“ hatte. Der Abzug „aller Besatzungstruppen“ sollte spätestens „ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages“, an dessen Vorbereitung bereits eine gesamtdeutsche Regierung teilnehmen sollte, erfolgen.

Das neuvereinigte Deutschland sollte das Recht erhalten, „eigene nationale Streitkräfte (Land-, Luft- und Seestreitkräfte)“ aufzustellen, die für eine „Verteidigung des Landes notwendig“ seien. Darüber hinaus sollte den Deutschen für diese neue Armee eine „eigene Rüstungsproduktion“ zugestanden werden. Der gesamtdeutschen „Friedenswirtschaft“ sollte keinerlei Beschränkung auferlegt werden. Deutschland sollte - so die Friedensvorschläge der UdSSR 1952 - erneut über eine eigene Seeschifffahrt verfügen, und die Vertragspartner sollten einen freien Zutritt Deutschlands zu den Weltmärkten garantieren. (Hier hatte die UdSSR offenbar Konsequenzen aus den Fehlern des Versailler Vertrages gezogen.)

Beigefügt war der Entwurf eines Friedensvertrages, der ein Deutschland in den Grenzen von 1945, den Abzug sämtlicher Besatzungstruppen sowie eine militärische Neutralisierung vorsah. Auf der US-Seite waren - so Rolf Steininger - die Einschätzungen der ersten Stalin-Note zunächst nicht einhellig. Staatssekretär Walter Hallstein, der sich am 11. März angeblich zufällig in Washington aufgehalten hatte, betonte gegenüber führenden



Adenauers Gegenspieler Kurt Schumacher, Vorsitzender der SPD in den Nachkriegsjahren.

Foto: BS-Archiv

Mitarbeitern im State-Department, er sei sich sicher, daß die sowjetische Note in gar keiner Weise die Deutschland-Politik Adenauers beeinflussen werde. So äußerte sich Hallstein z.B. gegenüber dem damaligen amerikanischen Außenminister Dean Acheson. Tatsächlich sei Acheson jedoch vom Inhalt der Stalin-Note zunächst beeindruckt gewesen, denn ihr Ton habe sich von früheren Noten stark unterschieden. Für den amerikanischen Hohen Kommissar John McCloy war bereits am 11. März klar, daß diese Note „ernste und unvorhersehbare Auswirkungen auf die öffentliche Meinung der Bundesrepublik haben werde. Am 12. März sprach sich dann auch folgerichtig Axel Caesar Springer für sofortige Verhandlungen aus: denn die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung sei für ein „Ausloten“ der Note. (Hier lag Springer einmal vollkommen richtig.)

Am 9. April 1952 übergab der sowjetische Außenminister Andrej Wyschinski den Vertretern der Westmächte in Moskau dann eine zweite Note. Zum Komplex „Freie Wahlen“ hieß es darin: „Die Anerkennung der Notwendigkeit der Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen durch die Regierungen der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs schafft durchaus die Möglichkeit, diese Wahlen in unmittelbarer Zukunft durchzuführen.“

Adenauer reagierte - so Jakob Kaiser im Kabinett - „amerikanischer als die Amerikaner“. Er würgte kurzentschlossen alle Aus-

**Fortsetzung nächste Seite**

**Fortsetzung von Seite 12**

lotungsversuche ab. Arnulf Baring vertritt die Auffassung, daß für Adenauer die geplante „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ (EVG) „Ziel, nicht Mittel zum Ziel“ gewesen ist und die Wiedervereinigung Deutschlands für ihn „kein Ersatz für die europäische Integration“ gewesen wäre.

Deshalb verwarfen die Westalliierten und Adenauer dann auch am 13. Mai 1952 sämtliche Vorschläge. Den Austausch der Noten setzte Stalin dann am 24. Mai mit einer dritten Note fort, obwohl der „Generalvertrag“ bzw. „EVG-Vertrag“ unmittelbar vor der Unterzeichnung stand.

In der ersten Note hatte die sowjetische Regierung schon die „freie Betätigung für demokratische Parteien und Organisationen“ gefordert, was nach ihren Vorstellungen selbstverständlich die „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD) beziehungsweise die „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ (SED) oder die „Freien Deutsche Jugend“ (FDJ) einschloß. Zum Abschluß ihrer deutschlandpolitischen Vorschläge erklärte die sowjetische Regierung ausdrücklich: Sie trete ein für „gleichberechtigte Teilnahme“ aller ehemaligen Wehrmachtangehörigen sowie aller „Nazis (mit Ausnahme verurteilter Kriegsverbrecher)“ am „Aufbau eines friedliebenden demokratischen Deutschlands“. Eine solche Konstellation hätte ohne Frage den gemeinsamen politischen Willen selbstbewußter deutscher demokratischer Parteien vorausgesetzt, wobei man sowohl die Kommunisten als auch die ehemaligen Nationalsozialisten in die Disziplin einer zukünftigen demokratischen Verfassung hätte einbinden bzw. zwingen müssen. Und das kam für Adenauer - zumindest was die Kommunisten betraf - nun wirklich nicht in Frage.

Trotzdem fragen wir heute, warum diese

konkreten Vorschläge der Sowjetunion für eine baldige Wiedervereinigung Deutschlands von der westdeutschen Regierung nie ernsthaft in Friedensverhandlungen auf ihren Realitätsgehalt überprüft wurden. Diese Frage wollen wir nun rund 25 Jahre nach dem Mauerfall und der „Neuvereinigung“ erneut zur Debatte stellen. Dabei gilt unser besonderes Interesse der Frage, wer seinerzeit Adenauer offen oder versteckt darin unterstützt hat, die Verhandlungen unmöglich zu machen. Waren es Teile der Roten Armee? War es der rheinische Adenauer-Flügel in der CDU? Waren es die US-Amerikaner im State-Department, wie Adenauer immer angedeutet hat? Oder ein harter stalinistischer Kern in der SED unter Walter Ulbricht? Fragen über Fragen, die nicht erst heute im nachhinein gestellt werden.

Eigentlich verwundert es doch, daß die Dokumente über die damalige erbitterte Debatte über die Stalin-Note, die z.B. zwischen Konrad Adenauer und Kurt Schumacher, Rudolf Augstein, Paul Sethe, Jakob Kaiser, Gert Bucerius, Gustav Heinemann u.a. geführt wurden, in den Archiven der Nachkriegsdeutschen wenig beachtet dahindämmern. Daß die „Konrad-Adenauer-Stiftung“ kein wirkliches Interesse an der Aufklärung dieser verhinderten Chance zur Einheit hat, können wir ja verstehen. Aber die „Friedrich-Ebert-Stiftung“ der Sozialdemokratie mußte eigentlich längst darüber nachgedacht haben, welche persönliche Verantwortung Konrad Adenauer und seine engsten Berater für die Verhinderung der Einheit im Jahre 1952 tragen. Immerhin hat der SPD-nahe Bonner Verlag Neue Gesellschaft 1985 einen Dokumentenband von Rolf Steininger mit dem Titel „Eine Chance zur Wiedervereinigung? Die Stalin-Note vom 10. März 1952“ im Jahre 1985 herausgebracht, auch heute noch eine

wahre Fundgrube für die damaligen britischen bzw. US-amerikanischen Akten zu diesem Themenschwerpunkt.

Am 3. April 1952 stellte die SPD-Bundestagsfraktion den Antrag, die Bundesregierung solle den vier Besatzungsmächten „in aller Form ... erklären, daß es die vordringlichste politische Forderung des ganzen deutschen Volkes“ sei, die „Einheit Deutschlands in Freiheit mit friedlichen Mitteln wiederherzustellen“. Deshalb dürfe die Bundesrepublik künftig auch nur solche Abkommen abschließen, die „die Möglichkeiten sichern, auf die Einleitung von Verhandlungen der vier Besatzungsmächte über die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands hinzuwirken“. Genau dies hob Herbert Wehner in seiner Begründung als Angelpunkt des Antrages hervor. Hier sprach auch ein tief enttäuschter langjähriger KPD-Spitzenkader. Ganz offensichtlich hatte neben der Stalinisierung der KPD auch die Aufspaltung der eigenen Nation die Glaubwürdigkeit und die Massenbasis der deutschen Kommunisten von innen her aufgesprengt. Für das ehemalige Führungsmittglied der Exil-KPD in Paris bzw. Moskau, Herbert Wehner, war zu diesem Augenblick die SPD die größte und auch die einzige glaubwürdige Deutschlandpartei. Hier sprach er wohl auch für große Teile seiner ehemaligen völlig desillusionierten KPD-Genossen.

Während bei der Abstimmung über den SPD-Antrag die Mehrheit des Bundestages dem ersten Teil zustimmte, lehnte die christliberale „Besitzstandskoalition“ (Kurt Schumacher) aus CDU, CSU, FDP sowie Deutsche Partei den zweiten - politisch brisanten - Teil mit ihrer Regierungsmehrheit ab. Damit war der wahrscheinlich letzte Versuch, die Spaltung Deutschlands noch abzuwenden, für mehrere Dekaden gescheitert.

**wird fortgesetzt**

## Mehr Verantwortung?

Joschka Fischer beim „Willy-Brandt-Gespräch 2015“

**Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung lädt am 24. März ein zu einer Podiumsdiskussion zu Deutschlands und Europas Beiträgen zum Frieden und für die Menschenrechte in der Welt mit einem einführenden Vortrag von Joschka Fischer.**

Zahlreiche Krisen erschüttern die Welt: Der Bürgerkrieg und das Vorrücken des IS in Syrien und Irak mit Millionen Flüchtlingen, die Kämpfe in der Ukraine, der ungelöste Nahost-Konflikt, Terror, Kriege und die Ebola-Epidemie in etlichen Ländern Afrikas. Angesichts dieser Brandherde wird kontrovers diskutiert, ob Interventionen von außen todbringende Gewalt stoppen, humanitäre Katastrophen beenden und internationale Stabilität wiederherstellen

können. Zugleich richtet sich an die Deutschen und die Europäer verstärkt die Aufforderung, mehr Verantwortung in der Welt zu übernehmen.

Zu diesen Fragen wird der ehemalige Außenminister Joschka Fischer (B90/Grüne) den einführenden Vortrag halten. Anschließend diskutiert er auf dem Podium mit den Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages Dr. Norbert Röttgen (CDU), Achim Post (SPD) und Stefan Liebich (Die Linke). Die Moderation übernimmt Harald Asel (rbb Inforadio). Die Veranstaltung wird aufgezeichnet und im Inforadio gesendet. **PM** □

➔ Dienstag, 24. März, 18.00 Uhr, in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Haus 2, Hiroshimastr. 28, 10785 Berlin. Der Eintritt ist frei.

## Historischer Blick auf die Außenpolitik

**Angesichts einer „aus den Fugen geratenen Welt“ stellt Frank-Walter Steinmeier im Rahmen einer Rede im Willy-Brandt-Haus Prinzipien und Leitbilder sozialdemokratischer Außenpolitik vor.**

Die Rede des Bundesaußenministers am Mittwoch, 25. März, 17:30 Uhr, bildet den Abschluss des Berliner Forums 2015 der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand, das sich den historischen Erfahrungen und aktuellen Herausforderungen der Außenpolitik widmet. **PM** □

➔ Eine Anmeldung ist bis zum 22. März sowohl für die Rede von Frank-Walter Steinmeier (Abendveranstaltung) wie für die gesamte Tagesveranstaltung möglich: <https://anmeldung.spd.de/v/10297>

# Aus Datenschutzgründen nicht in der Internetversion enthalten

## Albrecht Dehnhard verstorben

**Nach kurzer schwerer Krankheit ist Prof. Dr. Albrecht Dehnhard am 13. Februar im Alter von 77 Jahren verstorben.**

Albrecht Dehnhard war in der Zeit von 1992 bis 1997 Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen in der SPD Berlin. Er hat die ASJ Berlin in der wichtigen Zeit des Zusammenwachsens von Ost und West tatkräftig geleitet und viele - auch brisante - Themen angestoßen. Als Staatsrechtler lehrte Albrecht an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege, der heutigen Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin. Auch aus dieser Funktion heraus schaltete er sich immer wieder mit seinen ebenso hochfundierten wie pointierten Veröffentlichungen in das politische Geschehen ein. Die ASJ Berlin ist Albrecht Dehnhard für seine langjährige ehrenamtliche Tätigkeit zu großem Dank verpflichtet. Er wird uns als lebenswürdiger Mensch und als engagierter sozialdemokratischer Jurist in guter Erinnerung bleiben. **C. Meiners** □

Urnenbeisetzung: 25. März 2015, 13.00 Uhr auf dem Friedhof Steglitz, Bergstr. 38.

## TERMINE

- 21.03.2015, 13:00 - 19:00, Fachausschuss Internationale Politik, Frieden und Entwicklung, **Afghanistan - Frieden schaffen durch Bildung**, Kurt-Schumacher-Haus, Erika-Heß-Saal, Müllerstraße 163, 13353 Berlin (siehe BS 05-2015)
- 21.03.2015, 15:00 - 17:00, Klaus Mindrup, MdB Pankow, **Renate Stark, Caritas, zu Gast bei Klaus Mindrup**, Thema: Armut im Bezirk, Kavaliershaus, Breite Straße 45, 13187 Berlin. Anmeldungen bitte unter wahlkreisbuero @klaus-mindrup.de oder tel. (030) 96511403.
- 23.03.2015, 17:30, Susanne Kitschun, MdB, **Bürgersprechstunde**, Wahlkreisbüro von Susanne Kitschun, Grünberger Straße 4, 10234 Berlin. Anmeldung: susanne.kitschun @spd.parlament-berlin.de
- 23.03.2015, 15:00, AG 60 plus Pankow, **Walter Momper liest aus seinem Buch: »Berlin, nun freue dich!«** Mein Herbst 1989, Quasselstube, Romain-Rolland-Str. 138, 13089 Berlin
- 23.03.2015, 16:30 - 18:15, AG Selbst Aktiv - Menschen mit Behinderungen in der SPD, **Behindertenpolitik auf Bundesebene - Erfolge und aktuelle Herausforderungen**. Im Gespräch mit Kerstin Tack, Behindertenbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion. AWO Landesverband, Blücherstraße 62, 10961 Berlin, Eingang ab 17.00 Uhr über die Hofseite/Rückseite des Gebäudes, Brachvogelstraße
- 24.03.2015, 12:30 - 14:00, **Bruni Wildenhein-Lauterbach, MdB - Wedding, Telefonische Sprechstunde**, Tel. 030/2325-2297
- 24.03.2015, 19:30 - 21:30, Daniel Buchholz, MdB / Fachausschuss Natur, Energie und Umweltschutz, **Stand der Einführung der Bio-Tonne in Berlin** - was klappt und welche Hürden sind zu überwinden? Mit Rüdiger Oetjen-Dehne; UEC Berlin und einem Vertreter der BSR, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 377, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin
- 24.03.2015, 19:00, SPD Charlottenburg-Wilmersdorf - Abt. Charlottenburg-Nord, **Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik im Charlottenburger Norden**, AWO-Nachbarschaftstreff, Reichweindamm 6, 13627 Berlin
- 24.03.2015, 19 Uhr, FA Europa / SPE Aktivist\*innen Berlin, **Freihandel**, mit Sascha Raabe, MdB, Abgeordnetenhaus Berlin
- 25.03.2015, 19:00, Swen Schulz, MdB - Spandau, **Fraktion vor Ort: Doppelpass: Meilenstein im Staatsbürgerrecht**, mit Swen Schulz, MdB und Rüdiger Veit, Sprecher der AG Migration und Integration der SPD-Bundestagsfraktion. Anmeldung unter 227 70 187.
- 25.03.2015, 16:00 - 18:00, Rainer-Michael Lehmann, MdB - Pankow - Buch, Karow, Französisch Buchholz, **Sondersprechstunde Flüchtlingssituation Buch**, Bucher Bürgerhaus, Franz-Schmidt-Str. 8-10, 13125 Berlin
- 25.03.2015, 17:00 - 18:00, **Karin Halsch, MdB - Lichtenberg, Sprechstunde**, Bürgerbüro von Karin Halsch, MdB, Am Berl 13, 13051 Berlin

- 25.03.2015, 18:00, Schwusos (Queersozis) Berlin, **4. Saisonteam-Treffen 2015**, Kurt-Schumacher-Haus, Erika-Heß-Saal, Müllerstraße 163, 13353 Berlin
- 25.03.2015, 19:00 Thorsten Karge, MdB Reinickendorf, **100 Tage Michael Müller - Der Regierende Bürgermeister im Gespräch**, Restaurant Maestral, Eichborndamm 236, 13437 Berlin
- 25.03.2015, 19:00, Swen Schulz, MdB - Spandau, **Fraktion vor Ort: Doppelpass: Meilenstein im Staatsbürgerrecht**, mit Swen Schulz, MdB und Rüdiger Veit, Sprecher der AG Migration und Integration der SPD-Bundestagsfraktion. Anmeldung unter 227 70 187. Lynar-Grundschule, Lutherstr. 19-20, 13585 Berlin
- 25.03.2015, 19:00, Forum Netzpolitik, **Wie sieht die Zukunft der digitalen Kultur in Berlin aus?** Rainmakingloft Berlin, Charlottenstraße 2, 10969 Berlin
- 26.03.2015, 19:00, Jusos Tempelhof-Schöneberg, **Moderner Antisemitismus**, SPD Kreisbüro Tempelhof-Schöneberg, Hauptstraße 100, 10827 Berlin
- 26.03.2015, 17:30, SPD Bundestagsfraktion, **Europäische Verantwortung in einer globalen Welt: Armut bekämpfen. Gute Arbeit schaffen. Ungleichheiten beseitigen**, mit Neven Mimica, EU-Kommissar für Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung, Jörg Asmussen, Staatssekretär im BM für Arbeit und Soziales, Reichstagsgebäude, Eingang West, 3. Etage, Raum 3 S 001, Platz der Republik 1, 10117 Berlin, über Vorkontrolle West, Scheidemannstraße. Anmeldung erforderlich unter <http://goo.gl/a7BxpF>.
- 26.03.2015, 19:00, AG Migration & Vielfalt Neukölln, **Diskussion von Anträgen und Positionspapieren**, SPD Kreisbüro Neukölln, Sonnenallee 124, 12045 Berlin
- 26.03.2015, 19:30 bis 21:30 Uhr, Fachausschusses Strategien gegen rechts/Susanne Kitschun, **Antisemitismus in Berlin - Aktuelle Entwicklungen**, Raum 353 im Abgeordnetenhaus von Berlin.
- 27.03.2015, 19:00, SPD Tempelhof-Schöneberg, Abt. Friedenau, **150. Friedenauer Gespräch**, Brigantino, Rheinstraße 53, 12161 Berlin
- 27.03.2015, 14:30 - 15:30, **Iris Spranger, MdB - Marzahn-Hellersdorf, Bürgersprechstunde**, SPD Bürgerbüro Marzahn-Hellersdorf, Köpenicker Straße 25, 12682 Berlin
- 28.03.2015, 14:00, SPD + Jusos Treptow-Köpenick, **5. Geburtstag der SPD-AnsprechBar**, AnsprechBar, Siemensstraße 15, 12459 Berlin
- 31.03.2015, 07:30 - 09:00, Björn Eggert, MdB - Kreuzberg, **Dienstagfrühverteilung**, U-Bhf Görlitzer Bahnhof, 10997 Berlin
- 06.04.2015, 17:30 - 18:30, **Sven Heinemann, MdB - Friedrichshain, Bürgersprechstunde**, SPD Wahlkreisbüro, Grünberger Straße 4, 10243 Berlin
- 07.04.2015, 19:00, Dr. Eva Högl, MdB Mitte, **Stammtisch „Eva & Friends“**, Lindengarten, Nordufer 15, 13353 Berlin
- Alle Termine: [www.spd.berlin/termine](http://www.spd.berlin/termine)

### Spandau:

## Swen Schulz: Debatte zum Doppelpass

**Zu einer Diskussions- und Informationsveranstaltung zum Thema Doppelpass lädt der Spandauer Bundestagsabgeordnete Swen Schulz (SPD) am 25. März 2015 ein. Prominenter Gast ist der migrationspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Innenexperte, Rüdiger Veit, MdB.**

Bislang erhielten Kinder von ausländischen Eltern bei ihrer Geburt die deutsche Staatsbürgerschaft und die ihrer Eltern. Aber sie mussten sich zwischen ihrem 18. und 23. Lebensjahr für eine der beiden Staatsbürgerschaften entscheiden. Auf Druck der SPD-Bundestagsfraktion gibt es nun die doppelte Staatsbürgerschaft für hier geborene und aufgewachsene Kinder. „Für viele von den hier geborenen und aufgewachsenen Kindern mit Migrationshintergrund stellte die Entscheidung zwischen einer der Staatsbürgerschaften immer eine unnötige Zerreißprobe dar. Kleiner Wermutstropfen: Das Gesetz gilt nicht rückwirkend“, so Swen Schulz. **PM □**

➔ Mittwoch, 25. März 2015, um 19.00 Uhr, Lynar-Grundschule, Lutherstr. 19-20, 13585 Berlin-Spandau

### Pankow:

## Redezeit mit Klaus Mindrup

**Im Rahmen seiner Gesprächsreihe „Redezeit mit Klaus Mindrup“ lädt der Pankower SPD-Bundestagsabgeordnete am Samstag, den 21. März 2015 zum Gespräch mit Renate Stark ein. Die Veranstaltung trägt den Titel „Arme Kinder, arme Rentner!“ und findet von 15:00 bis 17:00 Uhr in der Villa Hildebrand „Kavalierhaus“, Breite Str. 45, 13187 Berlin-Pankow statt.**

Renate Stark, gebürtig aus Bad Cannstatt, ist Sozialpädagogin und seit 23 Jahren Leiterin der Caritas-Beratungsstelle im Prenzlauer Berg. Sie ist Mitglied im Pankower Kinder- und Jugendhilfeausschuss und im Beirat für Sozialhilfeangelegenheiten. Im Januar dieses Jahres bekam sie die Pankower Bezirksmedaille 2015 verliehen.

Aufgrund ihrer Arbeit hat Renate Stark Einblick in die Lebenswelten von Armut betroffener Bürgerinnen und Bürgern im Bezirk und setzt sich tagtäglich für deren Belange ein. Ihre Erfahrungen werden an diesem Nachmittag Gesprächsgrundlage für die Veranstaltung sein. Renate Stark und Klaus Mindrup werden gemeinsam die Herausforderungen erörtern, die sich aus dieser Problematik für den Bezirk ergeben. **PM □**

## Die Berliner Stimme im Abonnement

**Änderungen beim Abonnement?** Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin

**Sie haben noch kein Abonnement?** Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin, per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

## Fotografische Spaziergänge

Ausstellung mit Bildern von Fritz und Klaus Eschen eröffnet

„Der Blick auf die Bilder wird mit der Zeit ein anderer“, sagt Klaus Eschen. Seine Aufnahmen aus dem im Aufbau befindlichen Berlin, einst Alltagssituationen, sind heute Zeitdokumente, allerdings eingefangen mit einem ganz besonderen Blick für Szenen und Details.

Den hat der Jurist Klaus Eschen von seinem Vater, dem Fotografen Fritz Eschen, der in den dreißiger Jahren die Stadt und die Künstler fotografierte, bis die Nazis ihn daran hinderten. Nach 1945 dokumentierte er Zerstörung und Neubeginn. Dass sein Vater als Fotograf in Vergessenheit geraten konnte, ist Klaus Eschen unbegreiflich. Immer wieder erscheinen dessen bedeutende Porträtaufnahmen in Buchneuerscheinungen ohne Hinweis auf den Fotografen.

Dass die Bilder des Vaters neben denen von Klaus Eschen hängen, ist der Deutschen Fotothek in Dresden zu verdanken, die den fotografischen Nachlass verwahrt und jetzt Mitveranstalter der Ausstellung



Klaus Eschen (l.) im Gespräch mit Eckhardt Barthel vom Kulturforum. Foto: Horb

ist. In ihren Archiven, so Klaus Eschen, gebe es noch viele Schätze seines Vaters zu entdecken, der beispielsweise Reportagen über den Flughafen Tempelhof gemacht habe oder auch den Eisenbahnverkehr dokumentierte. **uh □**

➔ Fotos von Fritz und Klaus Eschen in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin, bis 10. April, Mi, Do und Fr von 16 bis 18 Uhr.

**Ausstellung:**

## Freie Volksbühne: „Die Kunst dem Volke“

In den Räumen der Freien Volksbühne in der Ruhrstr. 6 wird am 23. März um 19.30 Uhr die Ausstellung „Die Kunst dem Volke - Ausstellung zu 125 Jahren Freie Volksbühne Berlin e.V.“ eröffnet.

Die kleine Ausstellung beleuchtet anhand von Originaldokumenten und Texten die wechselvolle Geschichte der Freien Volksbühne Berlin. Streiflichtartig zeigt sie die Bedeutung des Vereins auf - von der Gründung durch Bruno Wille unter dem Aufruf „Die Kunst dem Volke“ im Jahr 1890 über die wichtigsten Persönlichkeiten, die den Verein und seine am heutigen Rosa-Luxemburg-Platz und in der Schaperstraße errichteten Theater prägten, bis zur modernen Besucherorganisation. **PM □**

➔ Es sprechen: Prof. Dr. Dietger Pforte, Vorsitzender, Frank-Rüdiger Berger, stellvertretender Vorsitzender und Kurator der Ausstellung, Freie Volksbühne Berlin, Ruhrstr. 6, 10709 Berlin

## „Fred Beck jagt Hardy Krunk“ auf zwei Disketten

SPD-Computerabenteurer von 1994 jetzt im Computerspielmuseum

Der Friedrichshainer SPD-Abgeordnete Sven Heinemann hat dem in der Karl-Marx-Allee angesiedelten Computerspielmuseum eine echte Rarität aus dem SPD Europawahlkampf von 1994 übergeben: ein Computerspiel mit dem Titel „Abenteuer Europa: Fred Beck jagt Hardy Krunk“ (auf zwei Disketten!).

Hierbei handelt es sich um ein politisch orientiertes Rätsel- und Adventurespiel (3,5“ Disketten; für PC/DOS) mit Bildungsanspruch in 2,5 D-Optik. Im Mittelpunkt der Handlung steht der Frankfurter Journalist Fred Beck, welcher quer durch ein Europa ohne Grenzen der Organisierten Krimi-



Der Friedrichshainer Abgeordnete Sven Heinemann (r.) überreichte im Computerspielmuseum Disketten mit einem SPD-Spiel von 1994.

nalität nachstellt. Das SPD-Spiel gehört nun zur Sammlung des Museums von rund 25.000 Originalspielen. Das Computerspielmuseum ist das einzige seiner Art in Deutschland und wurde bereits 1997 gegründet. 2010 fand der Umzug in die Karl-Marx-Allee statt und ließ das Museum mit 86.000 Gästen allein im vergangenen Jahr zu einem wahren Besuchermagneten in Friedrichshain werden: Auf einer Fläche von 550 Quadratmeter werden derzeit rund 300 Ausstellungsstücke präsentiert.

➔ Computerspielmuseum, 10243 Berlin, Karl-Marx-Allee 93a (Nahe U-Bf. Weberwiese) <http://www.computerspielmuseum.de/>